

Serie für junge Welt / Dezember 2005 / Weltwirtschaft

Marx reloaded

Die Wiederkehr des ordinären Kapitalismus

Teil I: Die Globalisierung der Ungleichheit

von Winfried Wolf

Als das ZDF 2004 eine Umfrage nach den „größten Deutschen“ durchführte, waren die ersten zwei Plätze mit Konrad Adenauer und Martin Luther keine großen Überraschungen. Doch auf Platz drei landete – zur Verblüffung vieler und zum Ärger einiger – Karl Marx. Ein Ausrutscher? 2005 führte der „Spiegel“ eine Umfrage zur Bedeutung von Karl Marx durch. Danach sind – mit nur geringen Unterschieden zwischen Ost und West – 50 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass „die Kritik von Karl Marx am Kapitalismus heute noch ihren Sinn“ hat. 56 Prozent finden gar, dass der Sozialismus „eine gute Idee (ist), die bislang schlecht ausgeführt wurde.“ Ansichten einer aussterbenden Spezies von Ostalgiekern? Der „Spiegel“ ergänzte entsetzt: „Hier fiel die Zustimmung bei den Jüngeren sogar noch höher aus.“

Der Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedmann betonte jüngst in einem ausführlichen Interview in der „Welt“, dass sich diese 56 Prozent der deutschen Bevölkerung gründlich irren. Friedman: „Sozialismus im traditionellen Sinne bedeutete, dass eine Regierung und ein Staat über die Produktionsmittel, auch den Boden, verfügen. Außer in Nordkorea würde heute niemand mehr Sozialismus so definieren. Das wird auch nie wieder geschehen. Der Fall der Berliner Mauer hat mehr für den Siegeszug der Freiheit getan als all die Bücher, die von mir, Hayek oder anderen geschrieben wurden. Sozialismus heute bedeutet nur noch, dass eine Regierung Einkommen von den Wohlhabenden nimmt und denen, die nichts haben, etwas gibt. Dabei handelt es sich um einen Transfer von Einkommen, nicht von Eigentum. Diese Form des Sozialismus gibt es natürlich immer noch.“

Milton Friedmann, der das marktradikale britische Wirtschaftsmodell unter der Premierministerin Margaret Thatcher als Vorbild für die zukünftige weltweite Entwicklung sieht, hob in dem Gespräch vor allem die angebliche zivilisatorische Tendenz des modernen Kapitalismus hervor. Auf die Frage „Prophezeien Sie, dass es mit der Freiheit und mit den freien Märkten weiter vorangeht im 21. Jahrhundert?“ antwortete Friedmann: „Ja. Die Welt hat als Ganzes mehr oder weniger den Freiheitsbegriff angenommen. ... Die Welt ist freier geworden durch den Kollaps der Sowjetunion und durch die Wandlung Chinas. Alle Satellitenstaaten, die in Folge dieser beiden Transformationen befreit wurden, haben demokratische Regierungen ... Das Fundament des freien Marktes wird sich erweitern auf andere Länder, die noch nicht so frei sind. Jeder weiß heute, dass der Weg zum Erfolg für unterentwickelte Länder nur in freieren Märkten und in der Globalisierung liegt.“

„Kommunistisches Manifest“ und Globalisierung

Tatsächlich erleben wir seit 1990 einen doppelten Prozeß: Weltweit setzt sich die moderne kapitalistische Produktionsweise durch - alles wird dem Verwertungszwang des Kapitals und

dem Diktat der Profitmaximierung unterworfen. Dieser Prozeß wird unscharf als Globalisierung bezeichnet. Gleichzeitig mit dem Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise kommt es jedoch zur Wiederkehr des ordinären Kapitalismus: eines Kapitalismus, der in den westlichen Wirtschaftslehrbüchern längst als überholt galt, der gewalttätig ist, der Konkurrenz, Krisen, Finanzkrachs, Zerstörung und Kriege produziert. Und ein Kapitalismus, der vor allem weltweit Verarmung, Massenarbeitslosigkeit und krasse soziale Ungleichheit schafft.

Karl Marx und Friedrich Engels beschrieben diese sehr spezifische Art von Globalisierung im „Kommunistischen Manifest“ wie folgt: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie (die kapitalistische Klasse; w.w.) über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten (...) Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation (Ausbeutung) des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. (...) Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegendsten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Land selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. (...) Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt (...) Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“

Im gleichem Atemzug liest man in diesem Text den Verweis: „Die Bourgeoisie hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert (konzentriert), die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in (...) eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse...“

Ohne Zweifel hat sich die kapitalistische Produktionsweise seit 1990 nicht nur kontinuierlich ausgeweitet. Sie hat sich vor allem verdichtet: Im Zeitraum 1987 bis 2005 lag das Wachstum von Exporten und Importen (= Welthandel) bei jahresdurchschnittlich 6,6 Prozent. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (World Real Gross Domestic Product) wuchs dagegen mit 3,4 Prozent im Jahresdurchschnitt nur rund halb so stark. Das heißt, die weltwirtschaftliche Verflechtung hat stark zugenommen. Auch wurden „unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen ... zusammengedrängt“, etwa in den Wirtschaftsblöcken der Europäischen Union (EU) und in der Nafta (USA, Kanada und Mexiko). Es kam auch zur Verstärkung internationaler Institutionen wie dem Weltwährungsfonds und der Weltbank und zur Bildung der Organisation WTO, die weltweit die Marktwirtschaft und die Freiheit des Waren- und Kapitalverkehrs fördern soll. Auch werden zunehmend – so mit dem TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) – „die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen (...) Gemeingut“. Und der Verweis auf die „wohlfeilen Preise (von) Waren“ als „schwere Artillerie, mit der alle chinesischen Mauern in den Grund“ geschossen

werden, wirkt angesichts der Eingliederung der chinesischen Ökonomie in den Weltkapitalismus heute wie ein prophetischer Satz.

Doch dieser Prozeß führte nicht zu dem, was mit dem Wort Globalisierung eigentlich ausgedrückt wird – zu einer weltweit gleichmäßigen Entwicklung. Vielmehr wurde die regionale Ungleichheit verstärkt. Die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums auf wenige kapitalistische und imperialistische Zentren hat sich erhalten und teilweise verfestigt. Die Zahlen in Tabelle 1 zur Struktur des weltweiten Bruttosozialprodukts sprechen eine deutliche Sprache.

Tabelle 1: Struktur des weltweiten Bruttosozialprodukts bzw. des Bruttonationaleinkommens 1993, 1996 und 2000

Länder/Region	1993	1996	2000	2003		Bevölkerung 2001	
	----- Anteile in vH -----			Mrd. \$	vH	in Mio	in vH
USA	27,1	25,8	30,6	10.946	31,7	281	4,6
Kanada	2,5	2,0	2,1	757	2,2	30	0,5
Summe Nordamerika	29,6	27,8	32,7	11.703	33,9	311	5,1
EU + EFTA*	32,5	31,0	28,4	9.606	27,9	389	6,3
Japan	16,7	17,9	14,4	4.390	12,7	127	2,1
Australien u. Ozeanien	1,5	1,5	1,4	500	1,5	19	0,3
Summe imperialistische Länder	80,3	78,2	77,0	26.199	76	846	13,8
China **	2,9	3,7	4,0	1.591	4,6	1271	20,7
13 Schwellenländern ***	10,3	11,0	9,3	3.154	9,1	1111	18,1
“Rest der Welt“ (rd. 150 Staaten)	6,5	7,1	9,7	3.548	10,3	2906	47,4
darunter: Afrika	1,6	1,5	1,6	553	1,6	820	13,4
Gesamte Welt	100	100	100	34.492	100	6134	100

* 15 EU-Staaten und Schweiz, Norwegen, Island

** Jeweils die BIPs von China und Hongkong addiert; Korrektur von Dezember 2005 nicht berücksichtigt

*** Zusammengefasst wurden hier: Türkei, Russland, Südafrika, Nigeria, Argentinien, Brasilien, Mexiko, Singapur, Indonesien, Südkorea, Malaysia, Philippinen, Thailand

Danach entfielen im Jahr 2003 auf die westlichen imperialistischen Länder in Nordamerika und Europa, auf Japan und Australien, in denen nur knapp 14 Prozent der Weltbevölkerung leben, 76 Prozent des weltweiten Bruttoinlandprodukts. Im Jahr 1993 lag dieser Anteil nur leicht höher, bei 80 Prozent. Die USA, deren Bevölkerung nur 4,6 Prozent der weltweiten ausmacht, konnten aufgrund ihrer relativ hohen Wachstumsraten ihren Anteil am Welt-BIP noch steigern – von 27 Prozent 1993 auf knapp 32 Prozent 2000. Westeuropa (die EU mit 15 Mitgliedstaaten, ergänzt um die Schweiz, Norwegen und Island) verzeichnete einen leichten Rückgang – von einem 32,5 Prozent-Anteil auf 27,9 Prozent im Jahr 2000. Doch die

zwischenzeitliche Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten – die in der Tabelle nicht berücksichtigt wird – hat diesen Bodenverlust mehr als wettgemacht. Der deutliche Rückgang des japanischen Anteils am weltweiten Bruttoinlandprodukts (von 16,7 auf 12,7 Prozent) ist Ergebnis der tiefen Krise, in die der japanische Kapitalismus im Zeitraum 1992 bis 2002 geriet.

Reiche Regionen werden reicher, arme ärmer

Den überproportionalen Anteilen am Welt-BIP und damit am weltweiten gesellschaftlichen Reichtum der industrialisierten westlichen Staaten stehen die unterproportionalen Anteile der „übrigen Welt“ gegenüber. Besonders krass ist dies im Fall des afrikanischen Kontinents, dessen 820 Millionen Menschen 13,4 Prozent der Weltbevölkerung ausmachten, die jedoch 2003 nur über ein Bruttoinlandsprodukt verfügen, das 1,6 Prozent des weltweiten entspricht.

Dieses Beispiel für eine Entwicklung kontinuierlicher *absoluter* Einkommensverluste steht in offenem Gegensatz zu den Behauptungen der Globalisierungs-Befürworter. Doch die *relativen* Ungleichgewichte sind nicht nur regional vorhanden, sie sind global bestimmend. So kann selbst die Gruppe der 13 aufgeführten Schwellenländer – unter ihnen die sogenannten asiatischen Tigerstaaten –, in denen 18,1 Prozent der Weltbevölkerung lebt (also deutlich mehr als in den aufgeführten westlichen Industriestaaten), nur knapp 10 Prozent des weltweiten BIP auf sich vereinen.

Das einzige Land, das nicht zum traditionellen imperialistischen Sektor zählt und dessen Teilhabe am weltweiten gesellschaftlichen Reichtum deutlich wuchs, ist die Volksrepublik China. Diese konnte ihren Anteil von knapp drei Prozent 1993 auf 4,6 Prozent 2003 steigern. Berücksichtigt man eine massive Korrektur der Statistik vom Dezember 2005, wonach laut Angaben von Peking das chinesische BIP um 17 Prozent höher ausfällt, so kommt China inzwischen auf einen Anteil am Welt-BIP von fünf Prozent. Allerdings entspricht die chinesische Bevölkerung mehr als einem Fünftel (oder 21 Prozent) der Weltbevölkerung. Damit verglichen sind die fünf Prozent Anteil am weltweiten BIP ebenfalls erheblich unterproportional.

Ein vergleichbares Bild wie im Fall der Verteilung des weltweiten Bruttoinlandproduktes ergibt sich, wenn wir einen Blick auf die zweite Tabelle, die Entwicklung der Weltmarktanteile – auf die Anteile am weltweiten Warenexport – werfen.

Tabelle 2: Weltmarktanteile 1959 bis 2004 (in vH) – Anteile am Weltexport von Waren (ohne Dienstleistungen)

Jahr	1959	74	87	90	95	97	2000	2004
USA	16	11,9	10,3	10,5	11,6	12,4	12,4	9,0
BRD	9,0	10,8	12,0	12,0	10,4	9,2	8,4	10,0
Japan	3,0	6,6	9,4	8,1	8,8	7,6	7,6	6,5
Frankreich	5,0	5,6	5,8	6,0	5,7	5,2	4,7	4,8
Großbritannien	10,0	4,7	5,3	5,3	4,8	5,1	4,5	4,5
Summe	43	39,6	42,8	41,9	41,3	39,5	37,6	34,8
China *	-	1,5	3,1	2,5	2,9	3,1	3,3	6,7

*) China jeweils VR China und Hongkong; ohne Taiwan

Hier kommt im Jahr 2004 allein die Gruppe der fünf klassischen imperialistischen Länder USA, BRD, Japan, Frankreich und Großbritannien auf einen Anteil von rund 35 Prozent aller Warenexporte. Dieser Anteil reduzierte sich zwar in den letzten eineinhalb Jahrzehnten. Doch andere Industriestaaten holten auf oder stießen zu dieser führenden Gruppe hinzu. Allein die Exporte der zwölf Staaten der Euro-Zone entsprechen im Jahr 2004 31,3 Prozent aller Exporte. Der Internationale Währungsfonds benutzt in seinen Statistiken den Begriff der „Advanced Economies“ und fasst darunter die folgenden 29 Staaten zusammen: USA, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland, die „alte“ EU mit 15 Mitgliedstaaten, Schweiz, Norwegen, Island und Zypern, aus Asien Hongkong, Süd-Korea, Singapur und Taiwan und Israel. Die Bevölkerung in diesen 29 Staaten entspricht nur 15,4 Prozent der Weltbevölkerung. Doch ihr Anteil an den Weltexporten liegt bei 71,6 Prozent (2004). Beim Welthandel erscheint der Aufstieg Chinas noch deutlicher. Der Weltmarktanteil Chinas liegt 2004 erstmals über demjenigen Japans. China wurde 2004 zum drittgrößte Warenexporteur der Welt. Inwieweit sich daraus ableiten lässt, dass sich das Gravitationszentrum des Weltkapitalismus nach China verschiebt – so wie es sich nach dem Ersten Weltkrieg von Großbritannien nach den USA verschoben hat –, müsste gesondert debattiert werden.

Ungleiche Konzernmacht

Eine Untersuchung der Unternehmen, die den Weltmarkt bestimmen, verstärkt den Eindruck eines geschlossenen Clubs weniger Staaten, der die Konzentration von Kapital und Marktmacht bestimmt. In der Gruppe der 200 umsatzstärksten Unternehmen der Welt hatten im Jahr 2003 187 ihre Firmensitze in nur 13 klassisch-imperialistischen Ländern: 77 in den USA, 28 in Japan, je 20 in der BRD und in Frankreich, 16 in Großbritannien (einschließlich zweier britisch-niederländischer Firmen), sieben in den Niederlanden, sechs in der Schweiz, fünf in Italien, drei in Spanien, zwei in Norwegen und jeweils eines in Finnland, Luxemburg und Belgien. Weitere sieben Länder der Dritten Welt und der Schwellenstaat Südkorea beheimaten die restlichen 13 Unternehmen. Dabei kann in dieser Gruppe nur Südkorea mit vier Unternehmen als ernst zu nehmender Mitspieler bezeichnet werden. Bei den übrigen Firmen handelt es sich bis auf eine Ausnahme um staatliche Ölunternehmen, denen ein Sonderstatus zukommt (so Pemex in Mexiko, PDVSA in Venezuela und Petronas in Malaysia).

In dieser Top-200-Gruppe sind zwei chinesische Mineralölkonzerne gelistet: Sinopec (Rang 53) und China National Petroleum (Rang 73). Während die westlichen Ölkonzerne bei weit größeren Umsätzen nur 100.000 und weniger Beschäftigte zählen, weist Sinopec 854.000 und China National Petroleum mehr als eine Million Beschäftigte aus. Die Produktivität der westlichen Konzerne – und damit deren Wettbewerbsfähigkeit – liegt also deutlich höher. Doch in der kapitalistischen Gesellschaft sind auch Umsätze oder Arbeitsplätze nur ein sekundärer Indikator für Macht und Größe. Als entscheidend gilt immer und überall: Was kostet das? Also hier: Was ist der Kaufpreis der Konzerne oder deren „Börsenwert“, die Summe aus Aktienkurswert multipliziert mit der Zahl der ausgegebenen Aktien? Hier sind die Machtverhältnisse nochmals deutlicher – und Ausdruck der extremen Ungleichheit innerhalb der „globalisierten“ Weltwirtschaft – siehe Tabelle 3.

Tabelle 3: Verteilung der 1200 Konzerne mit den höchsten Börsenwerten nach Ländern und Ländergruppen – 2004

Land / Ländergruppe	Börsenwert 2004 in Mrd. US-\$	Wachstum geg. 2003 in vH	Anteil am gesamten Börsenwert der 1200 gelisteten Unternehmen 2004
USA	11.661	8	48,7
Kanada	787	29	3,3
Mexiko	130	53	0,5
Nafta	12.578	-	52,5
Großbritannien	2.491	11	10,4
Frankreich	1111	15	4,6
Bundesrepublik Deutschland	794	5	3,3
Schweiz	726	18	3,0
Italien	540	- 1	2,3
Spanien	414	11	1,7
Niederlanden	388	- 18	1,6
Schweden	258	- 1	1,1
Belgien	145	- 14	0,6
Finnland	112	9	0,5
Norwegen	112	78	0,5
Gruppe EU *	7.091	-	29,6
Japan	2.358	16	9,8
Australien	533	5	2,2
China (incl. Hongkong)	352	18	1,5
Gesamter Börsenwert der 1200	23.955	10	100

*) nur für die aufgeführten EU-Staaten

Danach entspricht selbst in dieser doch recht großen Gruppe der 1200 teuersten Konzerne der Welt die Marktmacht allein der US-amerikanischen Unternehmen knapp 50 Prozent. Diejenige der in den drei Nafta-Staaten angesiedelten Unternehmen kommt auf 52,5 Prozent. Nimmt man die Marktmacht der anderen zwei imperialistischen Blöcke EU (rund 30 Prozent) und Japan (knapp 10 Prozent) hinzu, dann entspricht die Kapitalmarktmacht der nordamerikanischen, japanischen und westeuropäischen Konzerne mehr als 90 Prozent des Börsenwerts der 1200 größten Unternehmen in der Welt. Allein die schweizerischen Unternehmen in dieser Gruppe sind (mit 3 Prozent Anteil) doppelt so marktmächtig wie die chinesischen (mit 1,5 Prozent Marktanteil). Die zum Teil erheblichen Wachstumssprünge 2004 gegenüber dem Vorjahr (etwa im Fall Mexiko um 53 und im Fall Norwegen um 78 Prozent) sind Ergebnis des rasanten Anstiegs der Energiepreise und der Tatsache, dass bei diesen Ländern und auf dieser Liste der 1200 Konzerne die Öl- bzw. Gas-Öl-Konzerne bestimmend sind.

Karl Marx fragt in den „Theorien über den Mehrwert“: „Ohne nationale Verbrechen – wäre je der Weltmarkt entstanden?“ Vor dem Hintergrund der konkreten Auswirkungen der sogenannten Globalisierung erscheint diese Feststellung als Untertreibung. Der Weltmarkt als solcher – und die damit verfestigte Ungleichheit – *ist* ein Verbrechen. In den afrikanischen

Ländern südlich der Sahara („Sub-Saharan Africa“) sank seit 1980 sogar das pro-Kopf Bruttoinlandsprodukt absolut. In der Folge sinkt dort seit 1990 auch die Lebenserwartung: Sie lag 1990 bei 50 Jahren. 15 Jahre nach Beginn der Globalisierung liegt sie bei 46,5 Jahren. Doch das ist erst der Anfang. Diese Art Globalisierung soll fortgesetzt werden. In dem zitierten Interview wurde Milton Friedmann gefragt: „Erleben wir heute die freieste Weltwirtschaft aller Zeiten?“ Friedmanns Antwort: „Oh nein! Im 19. Jahrhundert hatten wir eine weit freiere Wirtschaft. Heute haben wir weniger Globalisierung als damals.“ Friedmann hat im doppelten Sinne recht. *Erstens* sind die gegenwärtigen Staaten und Blöcke trotz all dem Freihandel und dem Abbau des Sozialstaats bisher noch weit stärker von Schutzmechanismen („Protektionismus“) und sozialstaatlichen Elementen geprägt als die Ökonomien des 19. Jahrhunderts. *Zweitens* hat die Globalisierung erst vor zwanzig oder fünfzehn Jahren begonnen. Vor dem Hintergrund des 300 Jahre alten Kapitalismus ist dies eine eher kurze Periode. Das, was an neuer Ungleichheit bisher erreicht wurde, ist beträchtlich. Doch es ist noch deutlich steigerbar – indem das Gewaltverhältnis, das sich im Kapital ausdrückt, noch deutlicher zu Tage tritt – und gleichzeitig immer mehr Mechanismen, die Schwache teilweise schützten, hinweggefegt werden. Milton Friedmann weiß, wovon er redet, wenn er auf das 19. Jahrhundert verwies, also auf den Manchesterkapitalismus, in dem der „Normalarbeitstag“ bei 12 und mehr Stunden lag und Dutzende Millionen Kinder für den Profit der Konzerne schufteten mußten. Just darauf läuft es hinaus. Der Nobelpreisträger Friedman war in den siebziger Jahren wirtschaftspolitischer Berater des chilenischen Diktators Augusto Pinochet. Friedmann sieht auch heute noch das damals durch Putsch, Terror und Folter aufgezwungene „freie Wirtschaftsmodell“ in Chile als Vorbild für die Zukunft des Kapitalismus. Das heißt, Gewalt, Folter und Verneinung von Zivilisation, die vor einem Dreivierteljahrhundert die Pinochet-Diktatur in Chile bestimmten, waren kein Sonderfall. Sie waren konstitutiv für den ordinären Kapitalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Und sie müssen als Vorspiel für den ordinären Kapitalismus verstanden werden, den wir heute wieder erleben. Die Ähnlichkeit zwischen den Pinochet-Folterkellern in der Deutschen-Siedlung der „Colonia Dignidad“ in den Jahren 1973 bis Mitte der achtziger Jahre und den aktuellen Ereignissen in Abu Ghraib und Guantánamo ist keine zufällige. Sie hat einen ökonomischen Unterbau. Die Wiederkehr des ordinären Kapitalismus in Chile 1973ff droht sich als Vorspiel zu erweisen für die Wiederkehr des ordinären Kapitalismus im globalen Maßstab.

Einige Quellen:

Angaben zu Marx-Umfragen nach: Der Spiegel 34/2005

Interview mit Milton Friedman in: Die Welt vom 2. Dezember 2005.

Karl Marx und Friedrich Engels, Das Kommunistische Manifest, Marx-Engels-Werke (MEW), Band

Statistische Angaben zur aktuellen Weltwirtschaft u.a. nach: World Economic Outlook, November 2005, IMF / International Monetary Funds und Statistisches Jahrbuch 2005, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Band Ausland.

Angaben zur Sahel-Zone nach: Financial Times (London) vom 16.3.2005.

Angaben zu den weltweit größten Konzernen nach: Fortune, New York, „Global 500“, Ausgabe vom 26.7.2004.

Angaben zu den Börsenwerten der 1200 teuersten Unternehmen in der Welt nach: Business Week vom 26.12.2005.

Weltmarkt und Verbrechen: Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Band 1, MEW Band 26.1., S.364.

Der kapitalistischen Krisenzyklus – Entzaubertes BRD-„Wirtschaftswunder“

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist eine gesellschaftliche Produktion, die von Individuen und isolierten Unternehmen ohne Plan organisiert wird. Erst auf dem Markt erweist sich, ob die Werte, die in den produzierten Waren stecken, auch realisiert werden können – ob sich kaufkräftige Käufer einfinden. Im Fall eines direkten Austausches Ware gegen Ware (W-W) gibt es keine Krisen. Oder in den Worten von Karl Marx: „In Zuständen, wo Männer für sich selber produzieren, gibt es in der Tat keine Krisen, aber auch keine kapitalistische Produktion.“ Es dürfe nie vergessen werden, „dass es sich bei der kapitalistischen Produktion nicht direkt um Gebrauchswert, sondern um Tauschwert handelt und speziell um Vermehrung des Surpluswerts“. Es gibt die Produktion um des Profites und um der Profitmaximierung willen.

Damit gilt $G - W - G'$: Geld wird für Waren ausgegeben – für den Kauf von Rohstoffen, Maschinen und von Arbeitskraft, um nach dem Produktionsprozeß wieder in Geld, nun jedoch in einen größeren Betrag von Geld, eben G' , verwandelt zu werden. Das veranlaßte Georg Fülberth, seine „Kleine Geschichte des Kapitalismus“ auf den Punkt und den kürzest denkbaren Buchtitel, eben „G Strich-“, zu bringen.

Karl Marx betonte, dass die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus bereits in der Warenproduktion und in einer Produktion für einen Markt selbst angelegt ist. „Bei der *Warenproduktion* ist das Verwandeln des Produkts in Geld, der Verkauf, *conditio sine qua non* (unerlässliche Bedingung). Die unmittelbare Produktion für das eigene Bedürfnis fällt fort. Mit dem Nichtverkauf ist hier die Krise da. Die Schwierigkeit, die Ware – das besondere Produkt individueller Arbeit – in Geld, ihr Gegenteil, abstrakt allgemeine, gesellschaftliche Arbeit zu verwandeln, liegt darin, dass Geld nicht als besonderes Produkt individueller Arbeit erscheint, dass der, der verkauft hat, also die Ware in der Form des Geldes besitzt, nicht gezwungen ist, sofort wieder zu verkaufen (...) Die Schwierigkeit, die Ware in Geld zu verwandeln, zu verkaufen, stammt bloß daher, dass die Ware in Geld, das Geld aber nicht unmittelbar in Ware verwandelt werden muss, dass also Kauf und Verkauf auseinanderfallen können. (...) Man kann also sagen: Die Krise in ihrer ersten Form ist die Metamorphose der Ware selbst, das Auseinanderfallen von Kauf und Verkauf.“

Von den spezifischen Krisen...

In der Geschichte des Kapitals gibt es seit mehr als 350 Jahren Wirtschaftskrisen und Finanzkrisen. Bis Anfang des 19. Jahrhunderts hatten diese vielfach politische Ursachen. So brach in England 1667 eine Krise im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Holland aus. Der holländische Admiral Ruyter fuhr in die Themse ein und bombardierte das Fort Tilbury, das die Themsemündung beschützt. In London entstand eine Panik. Die Banken wurden gestürmt. So führte Großbritannien 1775 bis 1783 einen Krieg mit den amerikanischen Kolonien; die hohen britischen Verluste mündeten 1778 in einer Wirtschaftskrise.

Oft hatten diese frühen Krisen auch einen spezifischen Charakter. So kam es Anfang der dreißiger Jahre des 17. Jahrhundert in Holland, dem damals führenden kapitalistischen Land, zu einem Spekulationsfieber, in deren Verlauf der Wert einer Tulpenzwiebel auf bis zu 2500 Gulden anstieg. Man handelte mit Tulpenzwiebeln, die gar nicht vorhanden waren – so wie man heute an den Terminbörsen mit Waren und Dienstleistungen handelt, die es irgendwann – vielleicht – geben wird. Ein großer Teil des holländischen produktiven Kapitals und des Finanzsektors engagierte sich in diesem Geschäft – bis die Spekulationsblase 1637 platzte.

Die Wirtschaft und das Geld- und Kreditwesen Hollands wurden nachhaltig erschüttert. In dem bürgerlichen Standardwerk von Max Wirth „Die Geschichte der Handelskrisen“ wurde die „Tulpenmanie“ wie folgt bilanziert: „Viele Jahre vergingen, bis das Land sich von diesem Schläge wieder erholte und bis der Handel von den Wunden wieder genes, welche die Tulpenmanie ihm geschlagen hatte, eine Manie, die sich nicht bloß auf Holland beschränkte, sondern bis nach London und Paris sich erstreckte und in den zwei größten Hauptstädten der Welt der Tulpe einen erdichteten Wert beigelegt hatte, den sie in Wirklichkeit nie besaß.“ Was uns heute als absurd vorkommt, war im Wesen nichts anderes als die Spekulationsprozesse, die wir heute erleben: Wenn sich der Wert von Immobilien in Spanien und in den USA in der Periode 2002 bis 2005 teilweise mehr als verdoppelte, so ist dies durch keine realen Werte gedeckt, sondern allein Resultat des spekulativen Fiebers. Wenn das US-Unternehmen General Electric 2005 einen Börsenwert von 377 Milliarden US-Dollar aufweist, so drückt dieser Wert nur spekulative Hoffnungen auf weiter gesteigerte GE-Profite bzw. auf einen weiter steigenden GE-Börsenwert. Es gibt keinen materiellen Grund dafür, dass der ähnlich starke Konkurrent Siemens mit 67,6 Milliarden US-Dollar nur auf ein Fünftel des Börsenwerts von GE kommt.

... zum Krisenzyklus

Mit dem Jahr 1825 begann eine neue Etappe, die bis heute andauert und die bis zum Exitus dieser Wirtschaftsform für den Kapitalismus bestimmend sein wird. Anstelle der zufälligen und nicht periodisierbaren Krisen kommt es nun zu periodischen Wirtschaftskrisen, zu einem kapitalistischen Krisenzyklus. Wie es Karl Marx im Vorwort des ersten Bandes des Kapital formuliert: Nun trat „die große Industrie selbst (...) aus ihrem Kindheitsalter heraus“; mit der „Krise von 1825 (wurde) der periodische Kreislauf ihres modernen Lebens eröffnet“. Mit der industriellen Revolution hat das Kapital – Resultat vorausgegangener, verausgabter Arbeit; „geronnene“, „tote Arbeit“ – gegenüber der eingesetzten lebendigen Arbeit ein überwiegendes Gewicht erhalten. Ein großer Teil dieses „konstanten Kapitals“ ist in Produktionsmitteln festgelegt, die erst im Verlauf einer relativ festen Periode, eines Zyklus verschleßen („abgeschrieben“ sind) und ihren Wert auf die erstellten Produkte im Verlauf dieser Umschlagszeit übertragen. Dieser Teil des konstanten Kapitals, das in Gebäuden, in Maschinen, in Computern, in Software usw. angelegt ist, wird als „fixes Kapital“ bezeichnet. Das fixe Kapital wird zu einem großen Teil am Ende der Krisen erneuert. Seine Umschlagszeit – die Spanne zwischen Erneuerung und seinem Verschleiß – bestimmt wesentlich die Länge der Zyklen. Wobei der Verschleiß ein materieller sein kann – die Maschinerie ist dann am Ende der Umschlagszeit nicht mehr funktionstüchtig. In der Regel geht es jedoch gerade heute um einen „moralischen Verschleiß“: Das eingesetzte fixe Kapital ist zum Zeitpunkt seines Ersatzes nicht mehr ausreichend produktiv im Vergleich mit neuer, moderner Technologie; es muß frühzeitig durch neues fixes Kapital ersetzt werden, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Marx ging selbst von Zyklen aus, die sich verkürzen würden. In einer Ergänzung zur französischen Ausgabe des Kapitals, die 1872, fünf Jahre nach Veröffentlichung der deutschen Erstausgabe 1867 erschien und bei der er auf neue Erfahrungen über die Krisenzyklen zurückblicken konnte, heißt es: „Bis jetzt ist die periodische Dauer solcher Zyklen zehn oder elf Jahre, aber es gibt keinerlei Grund, diese Zahl als konstant zu betrachten. Im Gegenteil, aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktion (...) muß man schließen, dass sie variabel ist und dass die Periode der Zyklen sich stufenweise verkürzen wird.“

Phasen des Zyklus

Seit 180 Jahren erleben wir einen spezifischen Krisenzyklus der kapitalistischen Produktion, eine Wiederkehr von Aufschwung, Boom, Abschwung und Krise. Die bürgerliche Wirtschaftstheorie weigert sich weitgehend, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Auch im Programm der neuen Großen Koalition wird eine „Verstetigung“ der „Aufschwungtendenzen“ gefordert. Tatsächlich ist eine solche „Verstetigung“ nicht möglich, sondern es gibt immer den folgenden Verlauf: Den Ausgangspunkt des Zyklus bildet die Krise oder Rezession. Wenn die Krise ausreichend „reinigend“ – und zerstörend – gewirkt hat und ein gewisses Gleichgewicht auf nationaler und internationaler Ebene hergestellt wurde, beginnt die Belebung der Wirtschaft – die „Konjunkturerholung“, wie es im bürgerlichen Jargon heißt. In großem Umfang wird neues fixes Kapital angelegt, was meist zu einem ersten Aufschwung der Produktionsmittel herstellenden Industrien – etwa des Werkzeugmaschinenbaus – führt. Es kommt zu Neugründungen; die Nachfrage nach Arbeitskräften und Rohstoffen steigt wieder. Exporte und Importe wachsen. Und es steigen die Profite und die Gewinnerwartungen. Schließlich nehmen auch der Massenverbrauch und die Luxusp Nachfrage zu; die Industrien, die kurzlebige Konsumtionsmittel herstellen (die Nahrungs- und Genussmittelindustrie) und die Industrien, die langlebige Konsumgüter fertigen (etwa die Autoindustrie und die Elektrogüter-Industrie), florieren. Auf diesem Höhepunkt der Konjunktur wächst erneut die Spekulation und das Gründungsfieber. Das Business zum Aufkauf, zur Zerschlagung und zur Fusionierung von Unternehmen („Merger & Acquisition“) gedeiht. Es steigen die Zinssätze. Die Aufnahmefähigkeit des Marktes wird zunehmend strapaziert; die Disparität zwischen kaum beschränkter Produktionskraft und beschränkter Massennachfrage tritt zu tage. Sie wird aber nun verstärkt überbrückt durch eine Ausweitung des Kredits und durch Rabattschlachten. Die Rohstoffpreise steigen – siehe aktuell der Anstieg des Rohölpreises. Die Verschuldung von Privaten und öffentlichen Haushalten wächst und stößt an ihre Grenzen. Nun kommt es zur Rolle rückwärts: Es entstehen Überkapazitäten. Die Profite sinken. Aktienkurse fallen. Die Zahl der Konkurse wächst. Spekulationsblasen platzen. Die Krise tritt ein – und beginnt ihr zerstörerisches Werk: Kapital liegt brach und wird – ebenso wie nicht absetzbare Waren – entwertet. Die Arbeitslosigkeit steigt erneut. Die Reallöhne sinken; die Arbeitszeiten werden verlängert. Die Rohstoffpreise fallen. Bis zu dem Punkt, an dem erneut ein sogenanntes Gleichgewicht hergestellt wurde und ein neuer Zyklus beginnt.

Im 1848 veröffentlichten „Kommunistischen Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels werden die Krisen als Konzentrat der Widersprüchlichkeit und Irrationalität der kapitalistischen Produktionsweise wie folgt beschrieben:

„Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die (...) Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in den Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt: eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt (...) Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“

Charakter der „Sonderperiode“ 1955-1975

Nun konnte gerade diese Passage das „Kommunistische Manifest“ jahrzehntlang als überholt abgetan werden. Auch westdeutsche Gewerkschaftsvertreter glaubten vielfach, es gebe einen geläuterten, einen sozialen und weitgehend krisenfreien Kapitalismus. Der DGB-Vorsitzende Heinz Vetter ließ sich 1977 in einem Streitgespräch mit dem Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer wie folgt vernehmen: „Wissen Sie wir sind gerade – und darin liegt ja die Tragik! – wir sind gerade in der Transformation der Maloche in die Selbstdarstellung durch Arbeit. Und da bricht dann diese katastrophale Arbeitslosigkeit herein.“

Natürlich gab es im Kapitalismus nie eine „Selbstdarstellung durch Arbeit“. Es handelte sich immer um entfremdete Arbeit, um Lohnarbeit. Richtig aber war, dass der ordinäre Kapitalismus in Westeuropa jahrzehntlang nicht in all seinen Erscheinungsweisen offen zu Tage trat. Doch dabei handelte es sich nicht um ein „Wirtschaftswunder“. Vielmehr gab es drei handfeste Faktoren, die diese besondere Periode im Zeitraum 1955 bis 1975 prägten - ein Zeitraum, der wie folgt abgegrenzt ist: 1955 sank die Zahl der BRD-Arbeitslosen erstmals unter eine Million; 1975 wurde erstmals die Zahl von einer Million Erwerbsloser wieder überschritten.

Erstens gründete diese „Sonderperiode“ auf den Ergebnissen von Weltwirtschaftskrise, Faschismus und Zweitem Weltkrieg: In der Periode 1929 bis 1945 waren die Reallöhne massiv gesenkt und die Arbeitszeiten erheblich (von einer 43- auf eine 49-Stunden-Woche) verlängert worden. Erst 1970 wurde in der BRD wieder die Wochenarbeitszeit von Ende der zwanziger Jahren erreicht. Hinzu kam, dass sich die Zahl der abhängig Beschäftigten in Westdeutschland nach 1950 von 17 Millionen auf 21 Millionen erhöhte, vor allem weil ein Millionenheer von Flüchtlingen und Vertriebenen integriert wurde – und zu extrem günstigen Bedingungen ausgebeutet werden konnte.

Zum *zweiten* gab es in dieser Zeit der weitgehenden Vollbeschäftigung relativ starke Gewerkschaften, die eine größere Zahl sozialer Fortschritte – wie Arbeitszeitverkürzungen, verlängerten Urlaub, Fünf-Tage-Woche, steigende Löhne und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – u.a. mit Streiks erkämpften.

Drittens gab es – in Westdeutschland mehr als anderswo in der westlichen Welt – die Systemkonkurrenz West-Ost, einen Wettbewerb, um das überzeugendere Gesellschaftsmodell. In den Augen der Bourgeoisie und der bürgerlichen Regierungen schien es lange Zeit wenig ratsam, einen allzu radikalen Abbau des Sozialstaats zu betreiben. Ähnliche Sonderbedingungen existierten – in abgeschwächter Form – auch in anderen westlichen kapitalistischen Staaten. In der Summe führten sie dazu, dass es in dieser Periode kaum Krisen mit einem absoluten Rückgang der Produktion, sondern „nur“ Rezessionen mit abgeschwächten Wachstumsraten gab. Dass es sich um eine „Sonderperiode“ handelt würde, konnte man bei dem Wetterleuchten der westdeutschen Rezession 1966/67 erahnen, als kurzzeitig die Arbeitslosenzahl auf 700.000 hoch schnellte. Diese „Sonderperiode“ wurde definitiv 1974/75 beendet, als es erstmals erneut zu einer internationalen Wirtschaftskrise kam und als in der BRD die Arbeitslosenzahl kurzzeitig auf 1,4 Millionen anstieg. Für Georg Fülberth handelt es sich konsequenterweise bereits hier um den Beginn einer neuen Etappe. Er schreibt in „G Strich-“: „Das Jahr 1973 bildet ein Schlüsseldatum für den Übergang zweier Perioden der kapitalistischen Entwicklung: vom wohlfahrtsstatlichen zum neoliberalen Kapitalismus.“

Seither gibt es erneut einen weltweiten – weitgehend synchronen – Krisenzyklus, und nicht nur Rezessionen, die sich mal mehr, mal weniger in einer gleichlaufenden internationalen zyklischen Bewegung ausdrücken. Allerdings wurde immer wieder versucht, die innere Logik des Krisenzyklus abzustreiten und Krisen als Ausnahmen zu deklarieren. Im Fall der weltweiten Rezession 1974/75 hieß es, diese sei Resultat einer „Ölkrise“, des Anstiegs der

Rohölpreise, die wiederum Resultat des Nahostkriegs 1973 und eines gegen den Westen gerichteten Ölboykotts der erdölexportierenden Länder (OPEC-Staaten) war. 1980-82 gab es eine nächste internationale Wirtschaftskrise. Dieses Mal konnte als „Sonderfaktor“ nur noch auf einen allgemeinen Anstieg der Rohstoffpreise 1979/80 verwiesen werden. Als es 1990/91 zu einer weiteren internationalen Krise kam, hieß es hierzulande, diese habe mit den „Lasten der deutschen Einheit“ zu tun. Die bisher jüngste internationale Krise, diejenige der Jahre 2001/2002, wurde dann weitgehend als typischer, zyklischer Betriebsunfall der kapitalistischen Produktion hingenommen.

Tatsächlich hat sich damit die kapitalistische Normalität – der ordinärer Kapitalismus – eingestellt. Oder in den Worten von Karl Marx: „Die Weltmarktkrisen müssen als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefasst werden.“ Die BRD-Ökonomie war spätestens Mitte der siebziger Jahre Teil des internationalen Krisenzyklus (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Konjunkturzyklen in Westdeutschland bzw. in Gesamtdeutschland 1948-2003

Zyklus Jahr	Besondere Merkmale des jew. Zyklus	Wachstum des BIP ----- Raten im Jahresdurchschnitt -----	Arbeitslosenquote
1. Zyklus 1948-1952	Währungsreform 1948 „Wiederaufbau“	ca. 20	ca. 12
2. Zyklus 1953-1957	Koreakriegs-Boom / Erster Boom in Westeuropa: Montanunion 51 / EWG-Verträge 56	8,2	5,9
3. Zyklus 1958-1962	Starke Weltmarktexpansion Überproportionale BRD-Exporte	5,9	1,8
4. Zyklus 1963-1967	Massive Reduktion der Zölle in Europa Wachstum Binnenmarkt / Rezession 66/67	3,4	1,0
5. Zyklus 1967-1971	Keynesianische Konjunkturpolitik / Große Koalition Beginn des internationalen Konjunkturzyklus	4,2	1,2
6. Zyklus 1971-1975	Ölpreisanstieg 1973; Yom-Kippur-Krieg Intern. Krise 1974/75 / BRD: 1,4 Mio Arbeitslose	2,1	2,1
7. Zyklus 1976-1982	Neuer Öl-/Rohstoffpreisanstieg 1980 Internationale Krise 1980-82 / BRD: 2,2 Mio Arb.lose	2,9	4,9
8. Zyklus 1983-1993	Starker US-Boom („Reaganomics“); allg. Verschuldung Golfkrieg 91; BRD-Einheitsboom 90-92; Krise 93	2,6	8,0
9. Zyklus 1994-2002	Boom durch Integration von Russland, GUS u. VR China Krise und massive Börseneinbrüche 2001/02	1,6	9,5
10. Zyklus 2003- (?)	Irak-Krieg 2003; Fast-Stagnation in Eurozone und Osterweiterung Mai 04, Große Koalition Okt. 05 kündigt verschärften Sparkurs u. Mehrwertsteuererhöhung an	0,8 *	10,5

*) durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum 2003-2005

Bei der Darstellung der längerfristigen Entwicklung des deutschen Kapitalismus und den Zahlen in Tabelle 4 sticht ins Auge: Wir erleben nicht nur eine Wiederkehr der Zyklizität von Krisen. Es gibt vor allem eine spezifische „negative Dynamik“: Die wirtschaftlichen

Wachstumsraten nahmen von Zyklus zu Zyklus ab. Seit dem 5. Zyklus – seit 1967 - steigen die Arbeitslosenquoten erneut an.

Dies deckt sich mit einer weiteren Erkenntnis über die Bewegungsform des modernen Kapitalismus: mit der Theorie der „langen Wellen“. Danach gibt es ergänzend zur klassischen Bewegung von Fünf- bis Zehn-Jahres-Zyklen eine diese überlagernde Bewegungsform: die von „langen Wellen der Konjunktur“. Als ihre theoretischen Väter gelten die Ökonomen Parvus (Alexander Helphand), Nikolai D. Kondratieff und Joseph Schumpeter. In jüngerer Zeit war es Ernest Mandel, der diese Theorie aktualisierte. Danach kann im Kapitalismus auch eine längerfristige, rund ein halbes Jahrhundert währende Bewegungsform der Konjunktur belegt werden. Diese sieht wie folgt aus: Am Beginn der „langen Welle“ gibt es die klassischen Rezessionszyklen von relativ hohen Wachstumsraten und niedrigerer Arbeitslosigkeit. In dieser Phase äußern sich Krisen „nur“ in reduzierten Wachstumsraten. Im zweiten Verlauf der „langen Welle“ kommt es am Ende der Zyklen zu offenen Krisen. Die Arbeitslosigkeit steigt stark an und erweist sich als strukturelle. Die Wirtschaftskrisen werden ergänzt durch Finanz- und Börsenkrachs. Vergleichbar dem fixen Kapital, das in den normalen Zyklen bestimmend wirkt, spielt die Einführung grundlegender neuer Technologien, die am Beginn einer „langen Welle“ erfolgt, eine wichtige Rolle. So war die vorausgegangene „lange Welle“, die Ernest Mandel auf den Zeitraum 1894 bis 1939 datiert, von den Technologien des Benzinmotors und der Elektrizität bestimmt. Es gab in ihr im Zeitraum 1894 bis 1913 eine aufsteigende Tendenz: Zyklen mit hohen Wachstumsraten. Und im Zeitraum 1914 bis 1939 eine rückläufige Phase: Zyklen mit niedriger Wachstumsrate und schweren Wirtschaftskrisen. Die jüngste lange Welle, die nach dieser Definition 1940 (USA) bzw. 1945 (Westeuropa) einsetzte, ist geprägt von den Technologien der Elektronik, der Atomkraft und der „Ölwirtschaft“, letzteres mit dem Schwerpunkt der Autoindustrie. Hier gab es bis Ende der sechziger Jahre eine aufsteigende Phase mit relativ hohen Wachstumsraten. Seither erleben wir eine absteigende Phase, mit der beschriebenen Wiederkehr internationaler Krisen.

Es gab auch erste Börsenkrachs – so in den Jahren 1987 und 2001. Und vor allem gibt es eine massiv ansteigende Massenerwerbslosigkeit und immer schärfere soziale Gegensätze. All dies findet weltweit statt. Mit der Globalisierung wird auch auf dem Gebiet des kapitalistischen Zyklus die Wiederkehr des ordinären Kapitalismus dokumentiert.

Einige Quellen:

Karl Marx zur „Krise in ihrer ersten Form“ nach: K.M., Theorien über den Mehrwert, Band II, MEW Band 26.2, S.503, 509, 510 u. 511,

Max Wirth, Die Geschichte der Handelskrisen, Frankfurt/M. 1874, S.8; zitiert nach: Fed Oelßner, die Wirtschaftskrisen – die Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus, Berlin (Ost) 1949, S.177.

Börsenwerte 2005 von GE und Siemens nach: Business Week, The Business Week Global 1200, December 26, 2005.

Marx zur Krise 1825 in: Das Kapital, Band I, Vorwort, MEW Band 23, S.20.

Marx zur Länge der Krisenzyklen: MEW Band 23, S.662.

Oskar Vetter-Zitat nach: ARD-Fernsehen vom 7.6.1977, wiedergegeben in: Ernest Mandel/Winfried Wolf, Ende der Krise oder Krise ohne Ende?, Berlin (Wagenbach) 1977, S.231.

Georg Fülberth, G Strich- , Kleine Geschichte des Kapitalismus, Köln 2005 (PapyRossa), S. 261.

Karl Marx zu Weltwirtschaftskrisen: K.M., Theorien über den Mehrwert, MEW Band 26.2, S.510.

Theorie der langen Wellen u.a. nach: Ernest Mandel, der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1972, S.124ff.

Die politische Ökonomie von Reich und Arm

Vorhersagen für Krisen im Kapitalismus sind kaum möglich. Der Grund ist in den vielfältigen antagonistischen Widersprüchen zu suchen, die der kapitalistischen Produktion selbst zugrunde liegen. Es war weder Karl Marx möglich, noch würde es einem modernen Computermodell möglich sein, die exakten Wechselwirkungen dieser Widersprüche zu berechnen. Diese sind zu komplex – sich einerseits ausschließend und andererseits bedingend. Karl Marx irrte oft in der konkreten Vorhersage von Krisen, betonte aber, dass dies in der Natur der Sache liege. In einem Brief an Friedrich Engels im Jahr 1857 schrieb er: „Dear Frederick, da Lupus (= Wilhelm Wolf) beständig Buch über unsere Krisenvorhersagen führte, so erzähle ihm, dass der ‘Economist’ vom letzten Sonnabend erklärt, die Endmonate von 1853, das ganze Jahr 1854 und schließlich ‘the sudden changes of 1856’ (die plötzlichen Veränderungen des Jahres 1856) habe Europa immer nur ‘hair breadth escape vom impending crash’(die ‘Rettung um Haaresbreite vom drohenden Krach’) gebracht.“

So macht es Sinn, sich bei konkreten Krisenvorhersagen zurückzuhalten. Die Tatsache, dass sich die Konjunktur in einem Zyklus bewegt und dass auf jeden Aufschwung ein Abschwung und – in der aktuellen Phase der kapitalistischen Produktion – ein Krise mit absolut rückläufiger Produktion – folgt, ist jedoch unbestreitbar.

Da das Zugeständnis, dass Krisen etwas mit dem Kapitalverhältnis selbst zu tun haben, diese Wirtschaftsweise disqualifiziert, versuchen bürgerliche Ökonomen die Krisenanfälligkeit im Bereich von Naturgewalten und bei der Meteorologie ansiedeln. Am 26. August 1932, auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, schrieb der Leiter des Deutschen Institutes für Konjunkturforschung, Professor Wagemann, über den Charakter der Krise: „Solche von außen her auf die Wirtschaft einwirkende Ereignisse sind ebenso wenig wie Erdbeben, Brandkatastrophen usw. mit den Methoden der Konjunkturforschung vorauszusehen, auch ihre Folgen entziehen sich jeder quantitativen Voraussicht.“

Im Herbst 2005 äußerte Henry Paulsen, der Chef der Investmentbank Goldman Sachs zur Möglichkeit einer nahenden Krise in den USA: “Was mir wirklich Sorgen macht, sind die Energiepreise. Wenn wir in den USA einen kalten Winter bekommen, wird es für die amerikanische Volkswirtschaft riskant. Das würde schwerwiegende Auswirkungen auf das Wachstum und das Verbraucherverhalten haben. Andererseits: Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass es den USA, Japan, China und Teilen Europas so gut gehen könnte? Ich finde: Das Glas ist eher halb voll als halb leer.”

Verortung im neuen Zyklus

Auch wenn eine exakte Vorhersage der nächsten Krise spekulativ ist, so ist es doch sinnvoll, den aktuellen Stand im Krisenzyklus zu bestimmen. Tabelle 5 gibt die Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes in der Triade (Nordamerika, Japan und Europa) und in China an. Da beim BIP alle Einkommen, auch die der Dienstleistungssektoren, zusammengefasst sind, wird die Zyklizität abgeschwächt wiedergegeben. Im Fall einer Wiedergabe der industriellen

Produktion wären die Ausschläge nach oben und unten stärker. So sank in den Krisen Jahren 2001 und 2002 in allen drei imperialistischen Zentren die Produktion auch absolut. Dennoch erkennt man auch bei diesen BIP-Zahlen:

- Es gibt einen weitgehend synchronen Verlauf des Konjunkturzyklus in den zwei imperialistischen Zentren Nordamerika und Europa. Japan spielt die bekannte Sonderrolle mit der langen Stagnationsphase 1992 bis 2002.
- Der Aufschwung des vorangegangenen Zyklus endete 2000 und mündete 2001 und 2002 in zwei Krisenjahre.
- In der BRD und in weiteren Teilen der Eurozone gab es eine leichte zeitliche Verschiebung des zyklischen Verlaufs, wie er von der US-Ökonomie vorgegeben wurde: Hier waren vor allem 2002 und 2003 die entscheidenden Krisenjahre
- 2003 begann in den USA der neue Aufschwung. Die Eurozone setzte 2004 zu einem Aufschwung an, der jedoch 2005 bereits wieder abebbte.
- Die chinesische Ökonomie erlebte in all diesen Jahren keine größeren Einbrüche des BIP. Allerdings äußerte sich die internationale Krise in den Jahren 2001 und 2002 auch hier in deutlich reduzierten Wachstumsraten.

Tabelle 5: Internationaler Krisenzyklus – Bruttoinlandsprodukte in der Triade und in China 1997-2005
Wachstum gegenüber Vorjahr in vH

<i>Land/Region</i>	<i>1997</i>	<i>98</i>	<i>99</i>	<i>2000</i>	<i>01</i>	<i>02</i>	<i>03</i>	<i>04</i>	<i>05</i>
	<i>Boom</i>				<i>Krisenjahre</i>				
USA	4,5	4,2	4,4	3,7	0,8	1,6	2,7	4,2	3,5
Kanada	4,2	4,1	5,5	5,2	1,8	3,1	2,0	2,9	2,9
Mexiko	6,7	4,9	3,9	6,6	-0,2	0,8	1,4	4,4	3,0
Euro-Zone	2,6	2,8	2,7	3,8	1,7	0,9	0,7	2,0	1,2
Darunter:									
BRD	1,7	2,0	1,9	3,1	1,2	0,1	-0,2	1,6	0,8
Frankr.	2,3	3,4	3,2	4,1	2,1	1,3	0,9	2,0	1,5
Italien	2,0	1,8	1,7	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	..
Großbritannien	3,2	3,2	3,0	4,0	2,2	2,0	2,5	3,2	1,9
MOE*	4,2	2,8	0,5	4,9	0,2	4,4	4,6	6,5	4,3
Japan	1,8	-1,0	-0,1	2,4	0,2	-0,3	1,4	2,7	2,0
China	5,0	5,8	6,7	5,4	3,9	4,7	7,4	7,3	7,1

* MOE = Mittel- und osteuropäische Länder; überwiegend seit 1.5.2004 neue EU-Mitgliedstaaten

2005 gab es einen deutlichen Rückgang des Wachstums in den USA. In der Eurozone hat sich das Wachstum gegenüber dem Vorjahr fast halbiert; es liegt mit 1,2 Prozent (BRD: 0,8 %) nahe an der Stagnation. Zum Jahreswechsel 2005/2006 ist der Zyklus bereits von Elementen der Überproduktion gekennzeichnet. In der internationalen Autoindustrie – der für den weltweiten Zyklus wichtigsten Branche – gab es 2005 Kapazitäten zur Fertigung von rund 65 Millionen Autos; die reale Produktion lag jedoch bei 53 Millionen. Trotz unausgelasteter Kapazitäten von gut einem Fünftel wurde vielfach auf Halbe produziert bzw. die zu viel produzierten Autos können nur durch massive Rabatte verkauft werden. Da es allerorten – auch aufgrund der noch niedrigen Zinsen – zu einer Ausweitung des Kredits kommt, kann die

Nachfrage noch künstlich gesteigert und verlängert werden. Seit Frühjahr 2005 begann die US-Zentralbank Fed die Zinsen wieder deutlich anzuheben, im November 2005 folgte die Europäische Zentralbank (EZB).

Bei einem oberflächlichen Blick könnte man sagen: Die nächste internationale Krise wird voraussichtlich 2007 oder 2008 eintreten. Und darüber könnte in Zeiten eines business as usual zur Tagesordnung übergegangen werden.

Beschränkte Massenkonsumtionskraft

Nun gibt es jedoch eine Reihe von Faktoren, die eine besondere Unsicherheit für den weiteren Gang des Zyklus darstellen und die eine Krise früher auslösen bzw. deren Tiefe vergrößern könnten. Dazu zählen vor allem die Ungleichgewichte im Weltfinanzsektor (siehe Teil IV). Doch auch ohne diese Besonderheiten gibt es einen klassischen Widerspruch des kapitalistischen Krisenzyklus, der die kommende Krise vertiefen muss. Es handelt sich um den Widerspruch zwischen der kaum begrenzten Steigerung von Produktivkraft und Produktion und der beschränkten Massenkauflkraft. Dieser Widerspruch spielt im modernen, neoliberalen Kapitalismus eine weit größere Rolle als in der vorausgegangenen Phase. Er wurde von Karl Marx in Band III des Kapitals als entscheidend für die kapitalistische Krise bezeichnet und wie folgt charakterisiert:

“Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisierung sind jedoch nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktivkraft der Gesellschaft, die anderen ... durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft. Dies letztere ist aber bestimmt ... durch die Konsumtionskraft auf Basis antagonistischer Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder weniger engen Grenzen veränderliches Minimum reduziert.” Mit den anderen Worten desselben Autors: “Es werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebenen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen zu realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können.”

In der aktuellen volkswirtschaftlichen Debatte ist oft die Rede von einer “zu hohen Sparquote”, von einer “(falschen) Zurückhaltung der Konsumenten”, aufgrund von “typisch deutscher Zukunftsangst”. Demgegenüber seien die USA ein wahres Konsumentenparadies. Auch wirke der Slogan “Geiz ist geil” – und seine Folgen – kontraproduktiv. Im “Spiegel” war zu lesen: “Während die US-Verbraucher trotz Terrorhysterie und Rezession shoppen wie selten zuvor, verweigern sich die Deutschen einfach. Der Unterschied: Die Amerikaner treibt ein unerschütterlicher Glaube in die Geschäfte (...), an Gegenwart und Zukunft des Landes. Das Vertrauen in die Politik ist bei den Deutschen nicht besonders ausgeprägt ... Nirgendwo ist die ‘gefühlte Lage’ so schlecht. Und um Gefühle geht es dauernd (...) Es fehlt an Glauben in die Wirtschaft und in ihre Elite.”

Hiermit werden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Nicht das “Sparverhalten” und nicht der “Geiz” beschränken den Konsum. Es sind die seit langem stagnierenden individuellen Einkommen und die rückläufige Zahl der Erwerbstätigen und der abhängig Beschäftigten – gepaart mit der wachsenden Massenerwerbslosigkeit –, die die privaten Konsumausgaben reduzieren. Diese Masseneinkommen – und damit die Nachfrage – stagnieren wiederum, weil zugleich die Gewinne steigen. Die Armut wächst, weil parallel die Anhäufung des Reichtums bis dahin kaum vorstellbare Ausmaße annahm.

Produktion von Reich und Arm

Die Nettogewinne der deutschen Kapitalgesellschaften – nur Aktiengesellschaften und GmbHs – lagen 2004 um 113 Prozent über dem Niveau von 1991. Die Reallöhne in der BRD gingen im Zeitraum 1991 bis 2004 zurück (um rund 3,5 Prozent). Sie liegen heute ungefähr auf dem Niveau, das Mitte der achtziger Jahre in Westdeutschland erreicht war. Gleichzeitig haben sich die Bezüge der Vorstände der deutschen Aktiengesellschaften allein im Zeitraum 1997 bis 2003 verdoppelt – bereits preisbereinigt, also in realen Werten.

Die Lohnquote – der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen – sank seit 1980 fast kontinuierlich. Sie lag vor 25 Jahren bei 75 Prozent, war bis zum Wendejahr 1990 auf 68 Prozent gesunken. Danach stieg sie bis 1994 leicht an und sank bis 2003 auf 67 Prozent. Der zitierte Anstieg der Gewinne im gleichen Zeitraum korreliert mit dieser Entwicklung.

Selbst der Verweis auf die „zu hohe Sparquote“ ist Unsinn. Die „Financial Times Deutschland“ konstatierte dazu Mitte 2005: „In den vergangenen Jahren ist die Sparquote zwar gestiegen, aber vor allem deshalb, weil sie zuvor im Börsenboom stark zurückgegangen war. Diese Korrektur ist jetzt abgeschlossen. Ende 2003 sank (!) die Sparquote sogar wieder, auf eben jene 10,6 Prozent. Sie liegt jetzt um 0,4 Prozentpunkte unter – und nicht über – dem Durchschnitt seit der Wiedervereinigung.“

In den USA ist die reale Entwicklung nicht völlig entgegengesetzt. 1991 kam es hier erstmals zu Reallohnverlusten. Danach gab es bei den realen Einkommen weitgehend Stagnation. Erst 2001 wurde wieder das Niveau von 1991 erreicht. Im Zeitraum 2001 bis 2004 stiegen die Reallöhne wieder leicht an. Allerdings wuchs die Produktivität drei Mal schneller. Doch 2005 gab es erneut einen Reallohnabbau. Die „Financial Times“ geht davon aus, dass der Grund für diese Kluft darin liegt, dass es „zu einer langfristigen Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ kam. So lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad 1983 noch bei 20 Prozent. Er liegt inzwischen bei 12,5 Prozent.

Wenn dennoch immer wieder auf das hohe Wachstum des Konsums in den USA verwiesen wird, so gibt es dafür eine Reihe spezifischer Erklärungen. Dazu zählen das stetige Wachstum der Bevölkerung und der Zahl der Erwerbstätigen (in der BRD stagniert die Bevölkerung; die Zahl der Erwerbstätigen ist deutlich rückläufig). Es gibt einen rasanten Anstieg der Immobilienpreise, was zu Einkommenssteigerungen und zu besseren Möglichkeiten der Kreditaufnahme führt. Letzteres wird zusätzlich durch ein US-Zinsniveau begünstigt, das seit Jahren deutlich unter demjenigen in der Eurozone liegt.

Ein entscheidender Grund ist auch die unterschiedlich hohe Kreditaufnahme. In der BRD stiegen die Konsumentenkredite im Zeitraum 1998 bis 2004 um 35 Prozent, in den USA um 65 Prozent. Das heißt: Auch in der BRD diente der Anstieg der Kreditaufnahme zur Überbrückung der Absatzschwierigkeiten. In den USA liegt das Niveau dieser künstlichen Nachfrage allerdings nochmals deutlich höher. Inzwischen übersteigt in den USA die Verschuldung der privaten Haushalte neun Billionen US-Dollar. Das bedeutet, dass der Durchschnittshaushalt mehr Schulden hat als er im Jahr netto verdient. In beiden Fällen – USA und BRD – ist offenkundig, dass diese Art Nachfrage nicht unendlich fortgesetzt werden kann. In der BRD waren 1994 2 Millionen Haushalte überschuldet. 2004 waren es 3,3 Millionen.

Diese Einkommensdifferenzen münden – wesentlich unterstützt von den gegensätzlichen Eigentumverhältnissen, also von der Tatsache von Klassengesellschaften – in krassen Prozessen der Reichtumsanhäufung und der Verbreitung von Armut. In der BRD hat sich das private Geldvermögen – ohne Immobilien und Produktivvermögen – im Zeitraum 1991 bis 2004 mehr als verdoppelt – von 2.020 Milliarden Euro auf 4.076 Milliarden Euro. Die Zahl

der Millionäre – Menschen mit mehr als einer Million Euro als flüssigem Geldvermögen auf dem Konto (erneut: ohne Immobilienbesitz) stieg von 510.000 im Jahr 1997 auf 760.300 im Jahr 2004. Wobei im Jahr eins nach Hartz IV mit großem Bedauern festgestellt wurde, dass die Zahl der Euro-Millionäre 2004 „nur“ um 4400 anstieg. Dabei verfügen allein diese *neuen* 4400 Euro-Millionäre über ein Geldvermögen von 4,4 Milliarden Euro. Insgesamt entspricht das auf Konten gehortete Geldvermögen der BRD-Dollarmillionäre von 4 Billionen dem Doppelten des Bruttoinlandproduktes des Landes.

Es handelt sich um einen internationalen Prozeß. Weltweit wuchs das flüssige Geldvermögen der Dollarmillionäre auf 30.800 Milliarden US-Dollar im Jahr 2004. Das war allein gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 8,2 Prozent. Dieses Geldvermögen befindet sich in den Händen von 8,3 Millionen Millionären. Gegenüber dem Vorjahr waren das 600.000 Dollar-Millionäre mehr; einen so großen absoluten Anstieg gab es nie zuvor. Das Geldvermögen dieser Geld-Elite liegt ziemlich genau auf der Höhe des Welt-Bruttonationaleinkommens (wobei das erstere die Summe der jährlichen Einnahmen ist und das letztere die Anhäufung von Vermögen darstellt, das über einen längeren Zeitraum akkumuliert – aus fremder Arbeit angeeignet – wurde). Interessanterweise wächst die Zahl der Dollar-Millionäre am schnellsten in Afrika (2004: + 13,7%), in Nordamerika (+ 9,7%), im Mittleren Osten (9,5%) und in der Region Asien/Pazifik (+ 8,2%).

Bei der genannten Gesamtzahl von 30.800 Milliarden Dollar flüssiges Geldkapital handelt es sich nur um die Beträge, die die Dollar-Millionäre auf sich konzentrieren. Insgesamt – die nicht ganz so Vermögenden Privaten und die Unternehmen mit berücksichtigt – gibt es weltweit ein flüssiges Geldvermögen von rund 60 Billionen (60.000 Milliarden) US-Dollar.

Nun wird die Debatte über Gewinnmaximierung und Reallohnabbau und über Reich und Arm in der Regel moralisch geführt. Christliche und humanistische Kreise betonen das „schreiende Unrecht“ angesichts eines obszön zur Schau gestellten Luxus, während sich die Armut auch in den imperialistischen Zentren – ganz zu schweigen von der sogenannten Dritten Welt – rasant ausweitet. Im Gegensatz zu dem Argument, dies sei eine „falsche Neiddebatte“, ist die Argumentation, die Anhäufung dieses Reichtums sei „ungerecht“, völlig berechtigt.

Doch es handelt sich bei dieser wachsenden Kluft von Reich und Arm auch um einen äußerst wichtigen Vorgang in der politischen Ökonomie, der stark negative Folgen für die Menschen hat. Es geht nicht darum, dass die reichen Privatpersonen und die großen Unternehmen mit Milliarden US-Dollar auf dem Konto Schatzbildung für das private Vergnügen bilden oder wie Dagobert Duck gelegentlich zum puren Vergnügen in ihre Geldberge eintauchen würden. Karl Marx: „Mit der Ausdehnung der Warenzirkulation wächst die Macht des Geldes, der stets schlagfertigen, absolut gesellschaftlichen Form des Reichtums. (...) Das Geld ist aber selbst Ware, ein äußerliches Ding, das Privateigentum eines jeden werden kann. Die gesellschaftliche Macht wird so zur Privatmacht der Privatperson.“ Vor allem aber gilt nun, was Marx im Zusammenhang mit dem zitierten Widerspruch Produktion/Konsumtion hervorhob: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“

Hinter der wachsenden Kluft von Arm und Reich, hohen Gewinnen und Reallohnsenkungen steht ein vierfacher Prozeß:

- (1) Das zugunsten von Unternehmern und Reichen veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und die damit verbundenen Damm- und Tabubrüche unterschiedlicher Art (Tarifflucht, Aushöhlung des Flächentarifvertrags, Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe / Hartz IV usw.) führen zu

fortgesetzten Lohnabsenkungen. Diese lassen die Gewinne und den Reichtum explodieren.

- (2) Im Inland stagnieren oder sinken die Masseneinkommen. Die Binnenkonjunktur lahmt. Der Widerspruch zwischen immer mehr beschränkter Konsumtionskraft und hohem Produktionsoutput wiederum führt zu verschärften Wirtschaftskrisen.
- (3) Damit erhöht sich zugleich der Druck zu neuen Lohnsenkungen und der Drang auf den Weltmarkt. Letzteres wiederum verschärft die Konkurrenz und die Tendenz, diese Weltmarktkonkurrenz militärisch abzusichern und gegebenenfalls „auszutragen“.
- (4) Die gewaltigen Profite und die aufgehäuften privaten Geldvermögen finden kaum Anlage im Inland und suchen solche global.

Conrad Schuhler vom isw in München: „Was machen die Reichen mit ihren Billionen? Sie schicken das Geld rund um den Globus, um die Anlage mit der höchsten Rendite ausfindig zu machen. Weltweit kreisen 60 Billionen Euro privates Geldvermögen – das ist das Dreißigfache des deutschen Sozialproduktes – um sich dort niederzulassen, wo der höchste Profit herauspringt. Dies ist der springende Punkt der Globalisierung des Finanzmarktes.“ Karl Marx beschrieb den unbegrenzten Trieb der Schatzbildung in Kapital Band I wie folgt: „Der Trieb der Schatzbildung ist von Natur maßlos. Qualitativ oder der Form nach ist das Geld schrankenlos, d.h. allgemeiner Repräsentant des stofflichen Reichtums, weil in jede Ware unmittelbar umsetzbar. Aber zugleich ist jede Geldsumme quantitativ beschränkt, daher auch nur Kaufmittel von beschränkter Wirkung. Dieser Widerspruch zwischen der quantitativen Schranke und der qualitativen Schrankenlosigkeit des Geldes treibt den Schatzbildner stets zurück zur Sisyphusarbeit der Akkumulation. Es geht ihm wie dem Welteroberer, der mit jedem neuen Land nur eine neue Grenze erobert.“

Auch wenn für diese Entwicklung letzten Endes die allgemeinen Rahmenbedingungen und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse entscheidend sind, so sind es doch immer auch konkrete Maßnahmen der Politik, die zur Entwicklung eines „Turbokapitalismus“ – tatsächlich des ordinären Kapitalismus – beitragen. Die Steuerreform des Jahres 2000 „befreite“ die Kapitalgesellschaften von jährlich 15 Milliarden Euro Steuerzahlungen. Sie erhöhte entsprechend die Profite und ließ den Staat verarmen bzw. „produzierte“ den Druck zum Abbau des Sozialstaats. Die US-Steuergesetzgebung war in dieser Hinsicht Vorbild. Die von der Bundesregierung 2002 beschlossene Abschaffung der Versteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen trug massiv zur Zerschlagung von Unternehmen und zum Aufstieg der „Heuschrecken-Gesellschaften“ bei. Die Bildung der Nafta beschleunigte die Standortkonkurrenz in Nordamerika. Die EU-Osterweiterung wirkte in der gleichen Richtung in Europa. Die Weigerung, Kerosin zu besteuern, und die gezielte – von der EU-Kommission explizit gedeckte – staatliche Förderung von regionalen Airports hat den Aufstieg der Billigflieger zur Folge. Die Abschaffung des Sterbegeldes führt zum Aufstieg der Sarg-Discounter und zur Billigbestattungen in Osteuropa.

Die Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte am 1.1.2007 reduziert ein weiteres mal die Binnennachfrage der privaten Haushalte und verschärft die Krisentendenzen. Der Chef des Institutes für Wirtschaftsforschung Halle, Udo Ludwig, äußerte mit Blick auf diese Steuererhöhungen zum Jahresschluss 2005: „2007 kommt ein gehöriger Dämpfer. Wir erwarten zwar keine Rezession, aber die Gefahr ist da.“ Ein großes Risiko sei dabei „vor allem die mögliche Abschwächung der Weltwirtschaft.“

Einige Quellen Teil III

Zitat Prof. Wagemann 1932: wiedergegeben in: Fred Ölßner, die Wirtschaftskrise – Die Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus, Berlin (Ost) 1949, S.9

Zitat Paulsen/Goldman Sachs: Spiegel 43/2005.

K.Marx zum Thema beschränkte Konsumtionskraft: Das Kapital Band III, MEW Band 25, Seiten 254, 268, 255 und 267 und 501.

Konsumverhalten USA/BRD nach: Der Spiegel 51/2004.

Kluft Gewinne und Nominallöhne nach: Conrad Schuhler, isw, in: UZ vom 4.11.2005.

Vorstandsbezüge und Reallöhne 1997-2003 nach: Der Spiegel 17/2005.

BRD-Sparquote: FTD vom 14.5.2005.

Reallöhne in den USA: FTD vom 11.5.2005.

Verschuldung in den USA nach: Der Spiegel 51/2004.

Reichtum in Deutschland nach: Süddeutsche Zeitung vom 24.10.2003 und vom 24.12.2004; FTD vom 21.6.2005 und 10.6.2005.

Weltweiter Reichtum der Dollar-Millionäre nach World Wealth Report 2005, zusammengefasst u.a. in: FTD vom 10.6.2005; jW vom 11.6.2005.

Marx zu Geld als gesellschaftlicher Macht: K. Marx, Das Kapital, Band I, MEW 23, S.145 und 146.

Marx zum „letzten Grund aller wirklichen Krisen“: Kapital Band III, MEW 25, S. 501.

Conrad Schuhler in: ZU vom 4.11.2005.

Schatzbildung: Karl Marx, Das Kapital Band I, MEW 23, S.147.

IWH-Chef Udo Ludwig in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.12.2005.

Krise des Profits – Antwort des Kapitals

Die entscheidende Führungsgröße in der kapitalistischen Produktionsweise sind weder der industrielle Zyklus noch der Widerspruch zwischen kaum begrenzter Produktionsausweitung und begrenzter Konsumtionskraft. Dies ist vielmehr die Profitrate – die Profitmasse eines Unternehmens oder Landes – oder zunehmend auch der Weltwirtschaft – bezogen auf das gesamte angelegte Kapital der jeweiligen Einheit. Wenn Karl Marx davon sprach, dass die Profitrate „das wirkliche Triebwerk des Kapitals“ sei (MEW 25, S. 836), so hat der Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman diese Aussage um seine soziale – respektive asoziale – Komponente ergänzt und formuliert: „Die einzige soziale Verantwortung eines Unternehmers besteht darin, seinen Profit zu erhöhen.“ Und als der DaimlerChrysler-Vorstandsvorsitzende Jürgen Schrempp 1998 nach den Zielen seiner Politik gefragt wurde, antwortete er schlicht: „Profit, Profit, Profit.“

Da die kapitalistische Produktionsweise allein den Maßstab der Profitorientierung kennt, reagiert diese Wirtschaftsordnung auch hochsensibel („scheu wie ein Reh“) auf die Bewegung

der Profite und insbesondere auf den Profit, der auf eine Einheit Kapital, das für Löhne, Rohstoffe und Kapitalanlagen eingesetzt wird, bezogen wird.

Die Bewegung der Profitrate bildet die *letztendliche* Ursache für den zyklischen Verlauf derselben und für die langen Wellen der Konjunktur einschließlich der periodisch wiederkehrenden schweren Erschütterungen der Weltwirtschaft. Dies sei am Beispiel von drei Krisen belegt.

In der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 brachen die Profite im führenden kapitalistischen Land, in den USA, ab dem Jahr 1930 massiv ein (um rund 40 Prozent gegenüber 1929). Dies setzte sich in ähnlicher Größenordnung 1931 und 1932 fort. Danach erholten sich die Profite, was zu einer langsamen Konjunkturerholung führte. In Deutschland lag 1929 die ausgewiesene Gewinnsumme in der Industrie bei 315 Millionen Reichsmark, 1931 waren es nur noch 116 Millionen Reichsmark. 1932 gab es einen addierten Verlust von 73 Millionen Reichsmark.

In der ersten großen internationalen Krise nach dem Zweiten Weltkrieg, der Weltwirtschaftskrise 1974/75, brachen die Profite erneut weltweit ein. In der BRD reduzierten sich die Bruttoerträge der deutschen Aktiengesellschaften erstmals in der Nachkriegszeit über einen Zeitraum von zwei Jahren hinweg – insgesamt um 15 Prozent. 1976 schnellten die Gewinne erneut nach oben – um 64 Prozent, was die Basis für den neuerlichen Aufschwung abgab. Max Kruk schrieb damals im Rahmen der „FAZ-Gewinnstatistik“: „Die große Talfahrt der Gewinne hat (1975) angehalten. Sie hatte 1974 im Zeichen der Erdölkrise, Rohstoffhausse und Lohnexplosion mit bisher nie gekannter Vehemenz eingesetzt (...) Der Schrumpfungsprozeß der Gewinne hat 1975... zwar nicht mehr die Rasananz des Jahres 1974 erreicht. Die Talfahrt ist langsamer geworden. Aber sie hat zu einem Tiefststand ohnegleichen geführt. Rückblickend will das Jahr 1969... wie eine Erinnerung an gute, alte Zeiten erscheinen. Welchen Maßstab man immer anlegt: Die Gewinnmargen haben sich in diesen sechs Jahren halbiert.“ Bis heute wurden die Margen der sechziger Jahre nicht mehr erreicht. Die Wende, die es Ende der 1990er Jahre, am Ende des letzten Konjunkturzyklus, bei den Profiten, dann in der neuen weltweiten Rezession und schließlich beim neuen Aufschwung 2003 gab, wird anschaulich mit den ersten Sätze wiedergegeben, mit denen das US-Wirtschaftsblatt Fortune seine jährliche Statistik „The World’s Largest 500 Corporations – Die 500 größten Unternehmen der Welt“ in den Jahren 2000, 2002 und 2004 einleitete. Die 2000er Bilanz wurde wie folgt eröffnet: „Stellen Sie sich die Hitliste von Fortune’s Global 500 als ein Familienphoto, als eine Art Statistik-Schnappschuß vor, bei dem die Zeit eingefroren wird. Dann ergibt sich, daß in diesem Jahr unser Klassentreffen-Photo im schwindenden Licht des ausgehenden 20. Jahrhunderts eine optimistische Szene festhält: eine rosafarbene Geschäftswelt-Landschaft, bevölkert von lebenslustigen Unternehmens-Giganten – gesund, glücklich und fett.“

Die einleitenden Sätze der 2002er Analyse lasen sich dann wie ein Kontrastprogramm: „Das Jahr 2001 war ein Rekordjahr – für Verluste. Unter den 500 größten Konzernen der Welt befanden sich 297 mit fallenden Profiten. Die gesamten ausgewiesenen Profite lagen im Jahr 2001 bei weniger als der Hälfte des vergangenen Jahres. Dies war bei weitem der größte Einbruch bei den Profiten seit Fortune erstmals die Statistik Global 500 veröffentlichte.“ Wieder zwei Jahre später, im 2004er Bericht über die „Global 500“, lauteten die einleitenden Sätze wie folgt: „Sie sind zurück. Nach drei Jahren mit schlechten Nachrichten, haben die größten Unternehmen der Welt im vergangenen Jahr einen gewaltigen Umschwung geschafft, indem sie die höchsten Profite und die größten Umsätze aller Zeiten hatten.“ Tabelle 6 dokumentiert diese Entwicklung für die letzte Phase des Aufschwung Ende der neunziger Jahre, die Krisenjahre 2001/2002 und die erste Phase des neuen Aufschwungs, der vor allem ein Aufschwung der Profite war.

Tabelle 6: Ausgewiesene Profite der 500 größten Unternehmen der Welt 1998 bis 2003 – in Mrd. US-Dollar bzw. in vH gegenüber dem vorausgegangenen angegebenen Jahr

	1998		1999		2001		2003		2003 geg. 1998
	Mrd. \$	Mrd. \$	in vH	Mrd. \$	vH	Mrd. \$	vH	Mrd. \$	in vH
Umsätze	11.478	12.695	10,6	14.009	10,4	14.873	6,1		29,6
Profite	441	554	25,6	306	-44,8	731	139		65,8
Beschäftigte in Millionen	39,6	43,9	10,8	47,8	8,8	45,9	- 4		15,6

Die Profite stiegen 1999 nochmals deutlich an (um 25,6 %), um dann 2001 gegenüber 1999 massiv (um 44,8 %) reduziert zu werden. Der Anstieg in der neuen Aufschwung war nochmals eindrucksvoller als der vorausgegangene Abstieg: 2003 lagen die Profite um 139 Prozent über dem Niveau von 2001. Die Krise verursachte zwar eine Delle, doch im längerfristigen Vergleich 2003 gegenüber 1998 ergab sich dennoch ein erheblicher Anstieg um fast zwei Drittel (65,8 %).

Vergleicht man die Entwicklungen von Umsatz, Beschäftigtenzahl und Profiten, so weist die Profitbewegung die dynamischsten Ausschläge aus. Der addierte Umsatz der 500 größten Konzerne wuchs weitgehend kontinuierlich; im gesamten Zeitraum 2003 gegenüber 1998 stieg er um fast ein Drittel an (29,6 %). Die Beschäftigtenzahl ging in den Krisenjahren sogar absolut zurück – 2003 gegenüber 2001 um 4 Prozent. Mit 15,6 Prozent wies sie über den gesamten Zeitraum 2003 gegenüber 1998 das geringste Wachstum aus. Das heißt, die massiv (um rund 66 Prozent) angestiegene Profitmasse wurde von einer nur leicht gesteigerten Beschäftigtenzahl erwirtschaftet. Sie bezieht sich auf einen bedeutend gesteigerten Kapitaleinsatz, weswegen der Anstieg der Profitmasse von einem weit geringeren Anstieg der Profitrate begleitet ist.

Die jähe Wende an der Profitfront, die es im Zeitraum 1999 bis 2001 gab, wiederholt sich in allen großen kapitalistischen Industriestaaten. So brachen 2001 die ausgewiesenen Gewinne der 100 größten bundesdeutschen Unternehmen um 60 Prozent ein.

In der Tendenz gibt es eine *langfristig sinkende Profitrate*: Mehrwert und Profit sind letzten Endes allein das Ergebnis menschlicher Arbeit, Resultat der Differenz zwischen demjenigen Wert, der den Beschäftigten in Form von Löhnen und Gehältern als Gegenleistung für die Verausgabung von Arbeitskraft bezahlt wird, und dem darüber hinausgehenden Wert, dem Mehrwert, den der Einsatz (die Ausbeutung) der Lohnarbeit schafft. Für Unternehmen ist dabei die absolute Höhe des Mehrwerts und Profits nicht die entscheidende Größe. Wichtig sind vielmehr die unterschiedlich berechneten „Gewinnmargen“. Diese werden im bürgerlichen Geschäftsleben auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck gebracht – beispielsweise als Umsatzrendite (bei der die Gewinne in Prozent des Umsatzes ausgewiesen werden) oder als Ertrag in Prozent der Bilanzsumme.

Am klarsten wird dieses Verhältnis mit der Profitrate (p') ausgedrückt. In dieser wird der Profit bzw. Mehrwert (m) bezogen auf das gesamte eingesetzte Kapital, auf die Summe des für Löhne und Gehälter eingesetzten „variablen Kapitals“ (v) und des „konstanten Kapitals“

(c), das für Rohstoffe und die Abnutzung eingesetzter Maschinen, Computer und Gebäuden ausgegeben wird.

Nun zwingt die Konkurrenz die Unternehmen dazu, ständig die Menge an bezahlter Arbeitszeit einzusparen und zugleich die Höhe der Löhne und Gehälter zu senken. Gleichzeitig findet auf der technischen Ebene eine Produktivkraftentwicklung statt, bei der für die Herstellung ein- und desselben Produkts immer weniger menschliche Arbeit verausgibt und dasselbe unter Einsatz eines ständig größeren Anteils konstanten Kapitals produziert wird. Damit besteht ein relativ immer größerer Bestandteil des Gesamtkapitals aus konstantem Kapital (Gebäude, Maschinen, Computer, Rohstoffe), ein immer kleinerer Teil aus variablem Kapital (Löhne und Gehälter). Das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital wird in der Marx'schen Analyse als organische Zusammensetzung des Kapitals (q) bezeichnet. Einen Indikator dafür bildet in der bürgerlichen Terminologie der Begriff der „Kapitalintensität“.

Der kapitalistische Produktionsprozeß ist von einer seit mehr als 200 Jahren währenden wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals gekennzeichnet. Letzten Endes besteht theoretisch die Möglichkeit, daß Produkte ohne Verausgabung menschlicher Arbeitszeit – in „menschleeren Fabriken“ – hergestellt werden. Diese potentielle Entwicklung zeichnete sich in den vergangenen Jahren im internationalen Fahrzeugbau und in der Chipherstellung ab. Da jedoch nur die menschliche Arbeit Werte und Mehrwert schafft, kommt es zum Prozeß einer tendenziell fallenden Profitrate: Die Profitmasse bezieht sich auf ein relativ immer größeres vorgeschossenes Kapital, insbesondere auf ein immer größeres eingesetztes konstantes Kapital, angelegt in eingesetzter Maschinerie.

Krisen, diese „gewaltsamen Lösungen der vorhandenen Widersprüche, (diese) gewaltsamen Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für einen Augenblick wiederherstellen“ (Marx, MEW 25, S.259), haben damit die objektive Funktion, die Profitrate erneut anzuheben. Dies erfolgt auf zumindest *drei Ebenen*:

Erstens kommt es in den Krisen zu einer groß angelegten Kapitalvernichtung – durch massenhafte Pleiten und flächendeckende Vernichtung vorhandener Kapazitäten. 2002 gab es weltweit einen Pleitenrekord. Die Arbeit der Kapitalvernichtung ist in jüngerer Zeit ein regelrechter Geschäftszweig im modernen, ordinären Kapitalismus geworden: dem Business „Merger and Acquisition (M&A)“, in jüngerer Zeit auch „Heuschrecken-Unternehmen“ genannt.

Als Folge der Kapitalvernichtung bezieht sich die Profitmasse auf ein geringeres eingesetztes Kapital. Da mit dieser Kapitalvernichtung auch der Wert des eingesetzten Kapitals sinkt, reduziert sich nicht nur das gesamte eingesetzte Kapital hinsichtlich seines technischen Umfang (seines Gebrauchswerts), sondern auch der – letzten Endes entscheidende – Wert des Kapitals, der Marktpreis einer jeweiligen eingesetzten Kapitaleinheit. Damit einher geht ein allgemeiner Preisverfall vor allem bei Waren, die in das konstante Kapital eingehen; bei vielen Produkten werden die Preise noch unter die Gestehungskosten gesenkt. So gab es mit der Krise 2001/2002 im IT-Sektor und im Telekommunikationsbereich Preiskriege, die in einen enormen Preisverfall mündeten. In der Wirkung wird hierdurch erneut das vorgeschossene Kapital, auf das sich die Profite beziehen, reduziert, indem sich zum Beispiel Fertigwaren (Computer und Chips) und Dienstleistungen (Software), die für den Produktionsprozeß erforderlich sind, verbilligen. Des weiteren werden in Krisenzeiten die Rohstoffpreise gesenkt, womit sich erneut das eingesetzte konstante Kapital reduziert.

Zweitens wird in der Krise der Angriff auf die Beschäftigten verstärkt, um auf diese Weise die Mehrwerttrate (Ausbeutungsrate) anzuheben. Die steigende Ausbeutung der Arbeitskraft, der ständig ansteigende Teil von Arbeitszeit, die Mehrwert schafft, und den sich die Unternehmen aneignen, verglichen mit demjenigen Teil der Arbeit, die in Form von Arbeitslohn entgolten

wird, ist die entscheidende Gegentendenz gegen die fallende Profitrate. Karl Marx betonte diesen nur scheinbar sich widersprechenden inneren Zusammenhang wie folgt: „Das tendenzielle Sinken der Profitrate ist verbunden mit einem tendenziellen Ansteigen der Rate des Mehrwerts, also im Exploitationsgrad der Arbeit... Die Profitrate fällt nicht, weil die Arbeit unproduktiver wird, sondern weil sie produktiver wird. Beides, Steigen der Rate des Mehrwerts und Fallen der Rate des Profits, sind nur besondere Formen, worin sich die wachsende Produktivität der Arbeit kapitalistisch ausdrückt.“ (MEW 25, S.250). Die Profitrate sinkt trotz weiter steigender Ausbeutungsrate, weil mit diesem Prozeß die organische Zusammensetzung des Kapitals – die Kapitalintensität – schneller wächst, als die Mehrwertrate steigt. *)

Die Agenda 2010, die just im März 2003, am Ende der internationalen Krise – und, wie wir in Tabelle 5 zeigten, inmitten der BRD-Krise –, verkündet wurde, war demnach nicht primär dem „Verrat“ der Sozialdemokraten geschuldet. Es handelte sich schlicht um den Versuch, über entsprechend niedrigere „Belastungen“ der Unternehmen (Steuersenkungen; Reduktion der Arbeitgeberanteile bei den Sozialversicherungs-Systemen) deren Profite direkt zu erhöhen beziehungsweise über niedrigere Löhne, längere Arbeitszeiten und mehr Auspressung von Arbeit aus den einzelnen Beschäftigten das eingesetzte variable Kapital, auf das diese Profite bezogen werden, zu senken. Eine wesentliche Rolle spielt dabei das Arbeitslosenheer, das in der Regel am Ende der Krise seinen Höhepunkt erreicht und damit in besonderem Maß zur Verschlechterung der Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten beiträgt. In der BRD wurde im Frühjahr 2005 erstmals seit 1932 die Zahl von mehr als 5 Millionen offiziell registrierten erwerbslosen erreicht. In der Gesamttendenz wurde auf diese Weise die Profitrate wieder angehoben und der Tendenz ihres langfristigen Sinkens entgegengewirkt.

Drittens schließlich wird in Krisen – und in Zeiten sinkender Profitrate – versucht, die Möglichkeiten zur Anlage von privatem Kapital deutlich auszuweiten. Dadurch wird teilweise der zuvor (in Teil III) entwickelte Widerspruch zwischen kaum begrenzter Produktion und begrenzter Konsumtionskraft gemindert. Solche neue Anlagesphären für das Kapital gibt es durch Privatisierungen – den Abbau des öffentlichen Sektors und der Daseinsvorsorge. Dieser Prozeß wird hierzulande vor allem seit 2000 vorangetrieben. Die neue Große Koalition will ihn noch beschleunigen und allein 2006 und 2007 Staatsbeteiligungen im Wert von mehr als 30 Milliarden Euro verkaufen, was einen neuen Rekord – und Ausverkauf - darstellt. Neue Anlagesphären werden sodann durch die Intensivierung des Welthandels und die Ausweitung der Exporte erreicht. Dies erfolgte im Fall des westeuropäischen Kapitals vor allem mit der EU-Osterweiterung, die einen großen neuen Raum für Exporte erschloss. Die deutschen Exporte haben sich im Zeitraum 1998 bis 2005 von 550 Milliarden auf 900 Milliarden Euro fast verdoppelt. Sie wuchsen um ein Vielfaches schneller als das Bruttoinlandsprodukt, womit die „Exportquote“ und die Abhängigkeit vom Weltmarkt deutlich anstiegen. Bezeichnenderweise stiegen die Ausfuhren am stärksten in Richtung der mittel- und osteuropäischen Staaten, der neuen EG-Mitgliedsländer. Gleichzeitig hat sich der „Außenbeitrag“ – das Mehr an Exporten von Waren und Dienstleistungen gegenüber den entsprechenden Importen (das Resultat der positiven Leistungsbilanz) – allein zwischen 2001 und 2005 mehr als verdreifacht (auf 120 Milliarden Euro). Doch diese Art Wachstum ist ein Wachstum auf Kosten anderer und ruft mittelfristig Bumerangeffekte hervor. Der „positive Außenbeitrag“ der BRD muß durch einen „negativen Außenbeitrag“ in anderen Regionen (die mehr importieren als exportieren) „ausgeglichen“ werden. Das heißt diese Regionen verschulden sich im gleichen Umfang.

Auch Karl Marx sah diese zeitweiligen Auswege aus der Krise und schrieb im „Kapital“: „Der Markt muß daher beständig ausgedehnt werden ... Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußern Feldes der Produktion ... Es wird damit weiter verlangt, dass Länder, wo die kapitalistische Produktionsweise nicht entwickelt, in einem

Grad konsumieren und produzieren sollen, wie er den Ländern der kapitalistischen Produktionsweise passt.“ (MEW 25, S.255 u. 267). Marx und Engels verweisen gleichzeitig an anderer Stelle, im „Kommunistischen Manifest“, darauf, dass auf diese Weise die anscheinend reinigende Wirkung der Krise neue Krisen auf höherem Niveau vorbereitet. Dort heißt es: „Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ (MEW 4, ...) Diese Feststellung findet in der Realität des neuen – in der BRD: zehnten – Zyklus könnte einige Bestätigung. Der neue Zyklus ist von einer fortgesetzten Pleitewelle und von stagnativen Tendenzen geprägt. Der private Konsum ist rückläufig. Vor allem aber sinkt erstmals die Erwerbslosenzahl im Aufschwung nicht mehr – ja sie erreichte im Frühjahr 2005 mit – offiziell – 5,4 Millionen einen neuen Rekord und sie wird im Frühjahr 2006 erneut auf mehr als fünf Millionen ansteigen.

Einige Quellen:

Milton Friedman nach: Die Welt vom 2.12.2005. Das Original-Zitat stammt aus der Zeit Ende der siebziger Jahre, als Friedman, wie erwähnt, u.a. Berater von Augusto Pinochet war.

Tabelle 6 nach verschiedenen Ausgaben des US-Blattes Fortune vom 26.7.2004, vom 22.7.2002, vom 24.7.2000 und vom 20.7.1999.

Profitentwicklung 1929-1932 nach: Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/M. 1969 (Neuaufgabe), S.248.

Gewinne 1974-76 nach: Max Kruk, jährliche FAZ-Gewinnstatistik, veröffentlicht in der Tageszeitung Blick durch die Wirtschaft (herausgegeben von der FAZ), hier nach den Ausgaben vom 3.3.1977 und vom 30.3.1978.

Fortune-Zitate nach: Fortune vom 24.7.2000 und vom 22.7.2002 und vom 26.7.2004.

BRD-Profite 2001 nach: „Deutschlands Top 100“, in: Handelsblatt vom 16.7.2002.

Exportentwicklung: Wochenberichte des DIW Berlin 28-29/2004; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 12./2005.

*) Profitratenformel und ihre Bewegung: Die Profitraten-Formel von Karl Marx lautet $p'(\text{Profitrate}) = m : (c + v)$, wobei m für den Mehrwert, c für das gesamte eingesetzte („konstante“) Kapital und v für die gesamte eingesetzte bezahlte lebendige Arbeit (Löhne und Gehälter) stehen. Die organische Zusammensetzung des Kapitals (q) wird berechnet als $q = c : v$. Die Ausbeutungsrate oder Mehrwertrate $m' = m : v$ gibt den direkten Grad der Ausbeutung wieder, indem er denjenigen neu geschaffenen Wertteil, der das variable Kapital (den Arbeitslohn) überschreitet – den Mehrwert – in ein Verhältnis setzt zum variablen Kapital bzw. zum Arbeitslohn. Wenn bei der Profitratenformel der Zähler und Nenner des Bruchs mit $1 : v$ multipliziert wird – was rechnerisch die Formel nicht verändert – dann ergibt sich: $p' = (m:v) : (c : v) + 1$ oder $p' = m' : q + 1$. Damit wird deutlich, dass die zwei wesentlichen Faktoren, welche die Profitrate bestimmen, die Mehrwertrate oder Ausbeutungsrate im Zähler des Bruchs und die organische Zusammensetzung des Kapitals im Nenner des Bruchs sind. Während

die Steigerung der Mehrwertrate absolute Grenzen kennt (z.B. einen maximal 24stündigen Arbeitstag), gibt es keine theoretischen Grenzen bei der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die Debatte zur tendenziell sinkenden Profitrate und den ihr entgegenwirkenden Tendenzen wird überzeugend referiert bei Roman Rosdolsky, Die Entstehungsgeschichte des Marxschen Kapital – Der Rohentwurf des Kapital 1857-1858, Frankfurt/M. 1968, (Europäische Verlagsanstalt), Band II, S. 467ff.

Die Gesellschaft des Ich, Ich, Ich

Der 1915 geborene Nobelpreisträger Paul A. Samuelson gilt als Amerikas, wenn nicht der Welt berühmtester Ökonom. Ende 2005 äußerte er in einem Interview: „Der Markt hat kein Herz, der Markt hat kein Gehirn. Er tut, was er tut. Jedes Mal, wenn ich eine Zeitung aufschlage, lese ich von einem neuen Unternehmen, das seine Pensionsverpflichtungen nicht einhält. So etwas hätte es früher nicht gegeben. (...) Wir sind eine Gesellschaft des Ich, Ich, Ich – und des Jetzt geworden. Wir denken nicht an andere und nicht an morgen.“

All das und noch viel mehr hat es „früher gegeben“. Der über neunzigjährige Samuelson hat es erlebt und darüber Bücher verfasst. Doch diese Tatsache wird verdrängt und vergessen. Womit die Wiederkehr des ordinären Kapitalismus erneut als etwas „Besonderes“ – als geheimnisvolle „Globalisierung“ – präsentiert werden kann. Richtig ist Samuelsons Bilanz, dass es sich um eine „Gesellschaft des Ich“ handelt, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise „nicht an das Morgen“ denkt. Oder auch: „Das Primat des Marktes schließt das Primat des Denkens aus.“ Letzteres sagte Daniela Dahn 2004 in der Rede anlässlich ihrer Ehrung mit dem Börne-Preis. Da es sich um eine Frau, eine ostdeutsche zumal, und nicht um einen männlichen Nobelpreisträger handelt, schrieb die liberale „Frankfurter Rundschau“, dies sei „schlicht Unsinn“.

Die aktuelle Phase des Kapitalismus ist geprägt ist von beschleunigter Zerstörung, tiefgreifender Entsolidarisierung und völliger Rücksichtslosigkeit gegenüber elementaren menschlichen Bedürfnissen und den Zukunftserwartungen späterer Generationen. Dies soll in dem letzten Teil der Serie in Form einer Bilanz auf fünf Ebenen konkretisiert werden.

1. ARBEIT und ARBEITSLOSIGKEIT

Die Produktivkräfte sind heute so hoch entwickelt wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte. Im Fall eines sinnvollen Einsatzes der menschlichen Arbeit könnten in allen Ländern die Arbeitszeiten deutlich gesenkt und gleichzeitig alle elementaren menschlichen Bedürfnisse befriedigt und allen kulturellen Anforderungen nachgekommen werden. Doch die gesellschaftliche Wirklichkeit sieht völlig anders aus.

Seit Jahrzehnten gibt es in den hoch industrialisierten Ländern steigende Erwerbslosenzahlen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) registrierte Mitte der neunziger Jahre weltweit 150 Millionen Erwerbslose – 2004 waren es 190 Millionen. Die offizielle Arbeitslosigkeit in der BRD wird Anfang 2006 erneut die 5-Millionen-Marke übersteigen. In Japan liegt die offizielle Erwerbslosenzahl mit 3,2 Millionen nahe dem Nachkriegsrekord. In den USA, die vielfach wegen ihrer „Jobwunder“ gepriesen werden, gibt es laut ILO-Statistik ein Arbeitslosenheer von 8,15 Millionen (2004).

Trotz – oder auch: wegen – dieser Massenarbeitslosigkeit auf Rekordhöhe werden die Arbeitszeiten derjenigen, die noch Normalarbeitsplätze haben, verlängert, meist bei real

sinkenden Löhnen. Eine der ersten Maßnahmen, die in Berlin im November 2005 die große Koalition ankündigte, ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit (Rentenalter 67).

Arbeitszeitverlängerungen aber müssen die Erwerbslosigkeit weiter steigern.

Während Hunderte Millionen Erwachsene keine bezahlte Arbeit oder nur Minijobs haben, mußten laut ILO 2005 weltweit 350 Millionen Kinder und Minderjährige für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien schuften.

Die Gebiete, auf denen gesellschaftlich sinnvolle Arbeit eingesetzt werden müsste, sind vielfältig – im Kampf gegen Armut, gegen Umweltzerstörung, zur Gestaltung lebenswerter Städte, im öffentlichen Verkehrssektor, für alternative Energien, im Engagement gegen Analphabetismus, im Gesundheitssektor, insbesondere zur Bekämpfung der Krankheit Aids. Doch in all diesen lebensnotwendigen Bereichen gibt es viel zu wenige Arbeitsplätze. Oft werden die bestehenden noch abgebaut.

Gleichzeitig aber wächst bei dem Heer der Noch-Beschäftigten der Anteil von unsinniger, nutzloser, zerstörerischer und entfremdeter Arbeit.

Die Zahl der Steuerzahlenden nimmt ab, aber die Zahl der Steuerberater hat sich hierzulande in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Rechtlosigkeit und Willkür nehmen zu – aber die Zahl der deutschen Rechtsanwälte hat sich in nur 15 Jahren verdoppelt (von 60.000 im Jahr 1990 auf 127.000 im Jahr 2004). In den USA wächst die Zahl derjenigen, die keinerlei Krankenversicherung haben. Gleichzeitig schnellte die Zahl der Schönheitsoperationen von 900.000 im Jahr 1998 auf 3,3 Millionen 2005 hoch. Das Gewicht der materiellen Produktion, also Industrie und Landwirtschaft, reduziert sich ständig, aber das Business zur Zerstörung noch vorhandener Firmen blüht. Die Vielfalt der Lebensmittel und der Genüsse sinkt – Stichwort fastfood – doch es werden immer mehr Transportkilometer zur Herstellung einer Ware von ein- und derselben Qualität verausgabt. Walnüsse in europa haben keinen Marktwert; die Walnüsse im Mövenpick-Eis werden aus China importiert. Die Zahl der Fernsehsender wächst proportional zum Abbau von vermittelten seriösen Informationen und kulturell ernsthaften Sendungen.

Bilanz: Der Kapitalismus ist immer weniger in der Lage, die vorhandene gesellschaftliche Arbeit im Interesse der menschlichen Bedürfnisse sinnvoll einzusetzen.

Das ist so neu nicht – und kann noch gesteigert werden. Eugen Varga beschrieb den Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wie folgt:

„Schließlich blieb nicht anderes übrig, als zur systematischen massenhaften Vernichtung von landwirtschaftlichen Produktionen überzugehen. In den USA wurden im Jahre 1933 10 Mio. ha ungefähr $\frac{1}{4}$ der gesamten Fläche Baumwolle, in die Erde gepflügt. In Brasilien werden jährlich 10 Mio. t Sack Kaffee, fast der jährliche Weltbedarf, ins Meer geworfen oder zum Straßenbau verwendet. Tee wird nicht mehr geerntet, ganze Schiffsladungen Orangen werden in London ins Meer geworfen. Fünf Millionen Schweine wurden von der Regierung der Vereinigten Staaten im Herbst 1931 aufgekauft und vernichtet. In Dänemark wurden wöchentlich 1500 Kühe geschlachtet und ihr Fleisch zu Kunstdünger verarbeitet. In Argentinien wurden Hunderttausende Schafe einfach niedergestochen, um der jüngeren Generation Platz zu machen. Ihr Transport in die Schlachthäuser hätte mehr gekostet als der Erlös.“ Die Tageszeitung „Tribune“ in Minneapolis, USA, brachte dies 1934 wie folgt auf den Punkt: „Wir, die wir gelernt haben, für unser tägliches Brot zu beten, beten nunmehr, dass es uns weggenommen werde: eine ebenso gigantische Abweichung auf dem Gebiete der Theologie wie auf dem Gebiete der Ökonomie.“

2. Ebene: GLOBALISIERUNG und wachsende PRIVATMACHT

Während Produktion und Dienstleistungen zunehmend weltweit vernetzt stattfinden und ihr Charakter sich im Weltmaßstab als wahrhaft gesellschaftlicher erweist, wächst die Macht einzelner Individuen und weniger Konzerne.

Die 500 größten Konzerne der Welt, die seit 40 Jahren in der Zeitung „Fortune“ veröffentlicht werden, hatten in den 60er Jahren einen Umsatz, der rund 17 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes entsprach. Die gleichen 500 größten Konzerne der Welt haben heute einen Umsatz, der 30 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsproduktes entspricht. Die Großaktionäre und Vorstandsvorsitzende dieser 500 Unternehmen, die allein und direkt über ein Arbeitskräfteheer von 46 Millionen Menschen kommandieren, bestimmen über das Leben von Hunderten von Millionen Menschen. Sie treffen sich auf exklusiven Veranstaltungen – etwa jeweils zum Jahresanfang auf dem World Economic Forum (WEF) in Davos. Und sie sind organisiert in exklusiven Clubs. In der EU gibt es beispielsweise den „European Round Table“, in dem die Bosse der 49 größten Konzerne versammelt sind. Es sind gezielt die Top-Leute und nicht deren Stellvertreter, weil diese Herren in ihren jeweiligen Ländern direkten Zugang zu den Regierenden haben und sich mit ihnen auf dem Tennisplatz oder Golf-Parcours treffen. Der ERT rühmt sich offen, die maßgeblichen Entscheidungen auf EU-Ebene beeinflusst und oft – wie im Fall des Maastrichter Vertrags – vorformuliert zu haben. Das ist so neu nicht. 1909 formulierte Walter Rathenau, der Mitbegründer von AEG: „300 Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents.“ Was damals für Europa galt, gilt heute global.

Karl Marx beschrieb den Widerspruch von gesellschaftlicher Weltproduktion und konzentrierter ökonomischer Privatmacht und sah darin gleichzeitig eine Entwicklung, die über die bestehende kapitalistische Gesellschaft hinaus weist. Er schrieb: „Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser (...) Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter (...), die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der ständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung (...) Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise (...) Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden enteignet.“ (MEW 23, S. 790f).

2. UNWELT- und KLIMAZERSTÖRUNG und ÖLWIRTSCHAFT

Seit 2004 ist es amtlich: Auch George W. Bush gesteht ein, dass „von Menschen zu verantwortende Emissionen“ entscheidend sind für die bedrohlichen Klimaveränderungen. Diese wiederum sind in starkem Maß Resultat eines Kapitalismus, der stofflich gesehen in erheblichem Maß von Öl bestimmt wird. Das hat handfeste materielle Gründe.

Vom addierten Umsatz der 100 größten Industriekonzerne der Welt entfallen rund 60 Prozent auf diejenigen Unternehmen, die Ölkonzerne, Autokonzerne oder Flugzeugbau-Unternehmen sind.

Die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von dieser Öl-Auto-Flugzeuggruppe oder von Rohöl und seinen Derivaten Diesel, Benzin und Kerosin (und Raketentreibstoff) ist in den letzten 15 Jahren trotz Ölpreisschock, trotz Ölknappheit und in offenem Widerspruch zu den vielfältigen Debatten über Klimazerstörung und ihre Ursachen immer größer geworden.

Das Rohöl wird innerhalb einer Generation zur Neige gehen. Es konzentriert sich auf immer weniger Regionen. Milchmädchen, die gut rechnen können, würden langfristig geplant eine

Politik der Energiewende betreiben. Im ölbasierten Kapitalismus findet jedoch – aus strukturellen Gründen – das Gegenteil statt. Diese Öl-Obsession ist so neu nicht:

*Ohne Einladung
Sind wir gekommen
Siebenhundert (und viele sind noch unterwegs)
Und haben Dich gesehen
Plötzlich über Nacht
Öltank.
Eilet herbei, alle
Die ihr absägt den Ast, auf dem ihr sitzt
Werk tätige!
Gott ist wiedergekommen
in Gestalt eines Öltanks.
Was ist für Dich ein Gras?
Du sitztest darauf.
Wo ehemals ein Gras war
Da sitztest jetzt Du, Öltank!
Und vor Dir ist ein Gefühl
Nichts.
Darum erhöere uns
Und erlöse uns von dem Übel des Geistes.
Im Namen der Elektrifizierung
Der Ratio und der Statistik!*

Bertold Brecht schrieb das Gedicht „Siebenhundert Intellektuelle beten einen Öltank“ Ende der 1920er Jahre.

4. TERMINOLOGIE vom FRIEDEN versus PRAXIS VON KRIEGEN

Das Völkerrecht – u.a. die UN-Charta – verbietet grundsätzlich Kriege, es sei denn, eine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden müsse – mit Zustimmung der Vereinten Nationen – abgewendet werden. Gegenüber früheren Perioden der Menschheitsgeschichte, in denen Kriege auch offiziell als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ definiert wurden, ist dies ein Fortschritt. Doch parallel mit der Globalisierung kam es zur „Enttabuisierung des Militärischen“ (Gerhard Schröder). In der politischen Praxis werden Kriege – mit oder ohne UN-Mandat – erneut als konkretes Mittel der Politik, vor allem aber als Instrumente der Ökonomie eingesetzt.

Erneut ist es in erster Linie die innere Logik des Kapitals, die die Bekenntnisse zum Frieden als hohles Geschwätz erscheinen lässt. Der Kapitalismus kennt eine innere Dynamik zu Militarisierung, zu Rüstung und Krieg. Es gibt einen Zusammenhang von Weltmarkt, Kapitalexpansion, Weltmarkt-Konkurrenz, militärische Absicherung der Expansionen, neue Kriege und Ölknappheit. Im Rahmen der Suche nach neuen Anlagesphären – und als Resultat der Beschränkung des inneren Marktes und des Konsums – gibt es darüber hinaus einen spezifischen Drang von Kapital in den Rüstungssektor, da hier die Regierungen langfristig

hohe Profitmargen garantieren. In der Konsequenz hat sich der Umsatz der 100 größten Rüstungskonzerne im Zeitraum 2001 bis 2005 von 160 auf 300 Milliarden US-Dollar knapp verdoppelt. Es ist kein Zufall, dass der Zyklus der neuen Kriege sich in erheblichem Maß auf Regionen konzentriert, die Ölregionen oder Regionen der Öltransportwege sind.

Die US-Regierung ist unbestreitbar führend bei Aufrüstung und neuen Kriegen. Doch die EU ist dabei, auf dem Gebiet der Militarisierung aufzuholen. Weltweit haben sich die Rüstungsausgaben 1998 bis 2005 von 765 Milliarden US-Dollar auf 1050 Milliarden US-Dollar erhöht. Sie stiegen in den USA von 200 auf 400 Milliarden US-Dollar. Sie stiegen in Westeuropa (Nato-Staaten) von 150 auf 230 Milliarden US-Dollar.

2000 wurde mit der EADS der erste militärisch-industrielle Komplex in Europa geschaffen. Interessanterweise handelt es sich um den ersten „echten“ europäischen Konzern. Beschlossen ist eine EU-Armee mit 60.000 Mann/Frau, die in drei bis vier Jahren kriegsfähig sein soll. Derzeit werden eine Reihe spezieller Angriffswaffen hergestellt wie der Eurofighter, der A 400M-Militärtransporter oder das Satellitensystem Galileo. All dies zielt unzweideutig auf Angriffskriege. Die genannten Waffensysteme bzw. die EU-Eingriffstruppe erreichen Ende dieses Jahrzehnts ihre Einsatzreife.

Auch das ist nicht neu. Und es droht, weit schlimmer zu kommen. Es war Rosa Luxemburg, die den engen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Akkumulation und Aufrüstung bzw. Kriegen analytisch herausarbeitete und am Beispiel des Ersten Weltkriegs unterstrich, dass der Kapitalismus in offenem Widerspruch zu allen zivilisatorischen Tendenzen steht: „Geschändet, entehrt im Blute watend, von Schmutz triefend so steht die bürgerliche Gesellschaft jetzt da. So ist sie. Nicht wenn sie geleckert und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung und Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißen Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit – so zeigte sie sich in ihrer wahren nackten Gestalt.“

5. MÖGLICHKEITEN für eine RATIONALE WELTPOLITIK - wachsende IRRATIONALITÄT im real existierenden KAPITALISMUS

Die Möglichkeiten einer rationalen und demokratisch geplanten Produktion sind so groß wie nie zuvor. Gleichzeitig ist die Irrationalität, welche die vorherrschende Produktionsweise bestimmt, so groß wie kaum je zuvor. Es besteht heute die Gefahr eines Kollapses des Weltfinanzsystems und einer neuen Weltwirtschaftskrise.

Im Rahmen dieser Serie wurden die klassischen ökonomischen und sozialen Widersprüche und deren Verschärfung beschrieben. Hinzu gesellen sich eine neue Finanz- und Spekulationskrise, wofür die Stichworte „Immobilienblase“ (in Spanien, Großbritannien und USA), neue Börsen-Blase und „ständig steigende öffentliche und private Schulden“ ausreichen müssen.

Besonders dramatisch kann sich die Krise der Weltleitwährung US-Dollar entwickeln. Erstmals seit 75 Jahren gibt es die Situation, dass der führende Kapitalismus, die USA, ökonomisch ausgezehrt und ausgehöhlt, jedoch gleichzeitig Militärmacht Nr. 1 ist. Eine vergleichbare Situation gab es nach dem ersten Weltkrieg, als Großbritannien noch die führende Militärmacht war, aber ökonomisch am Boden lag und bald darauf von den USA abgelöst wurde.

Die gewaltigen Defizite von Haushalt und Leistungsbilanz der USA werden in großem Umfang von den asiatischen Ländern Japan, Südkorea, Taiwan, Malaysia und vor allem von China, also in erheblichem Umfang von Entwicklungsländern, finanziert. Diese kaufen bisher in ausreichendem Umfang US-Staatsanleihen, um erstens ihre eigenen Währungen niedrig zu halten und ausreichend exportieren zu können und zweitens um den Konsum in den USA, und damit auch ihre eigenen Exporte zu stützen.

Das wird nicht ewig so weitergehen. Die Gefahr eines Kollapses des Finanzsystems ist real, die würde in eine neue Weltwirtschaftskrise münden. Diese neue Krise würde auf das Arbeitslosenheer von weltweit rund 200 Millionen und in der BRD von fünf Millionen Erwerblosen nochmals draufsatteln. Der soziale und politische Sprengstoff würde nochmals vergrößert. Mehrere Kommentatoren haben jüngst auf die Parallelen zur Weltwirtschaftskrise verwiesen. – auch konkretisiert für die große Koalition. In der „Financial Times Deutschland“ schrieb Wolfgang Münchau unter der Überschrift „Wie damals, 1930“ unter Verweis auf die Folgen der neuen „Sparmaßnahmen“ und der Mehrwertsteuererhöhung der Regierung Merkel: „Was sich in den Koalitionsverhandlungen momentan abspielt, ist die Anbahnung einer Katastrophe. Unweigerlich werden viele bald die Schlussfolgerung ziehen, dass demokratische Politiker nicht in der Lage sind, für Wachstum und Vollbeschäftigung zu sorgen.“

Die fünffache Bilanz lautet: Der allein übrig gebliebene Kapitalismus ist in keiner Weise in der Lage, die elementaren Bedürfnisse der Menschheit und der nächsten Generation zu befriedigen. Im Gegenteil: Auf allen hier behandelten Ebenen zeichnet sich eine weitere dramatische Verschärfung der Widersprüche ab. Karl Marx: „Die kapitalistische Produktion entwickelt (...) nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, S.529 f.) Daher, so derselbe Autor an anderer Stelle, wird dem Kapital „der Rat gegeben, abzutreten und einer höheren Stufe der Produktion Platz zu machen.“ (Grundrisse, S.636)

Diese Schlussfolgerung lässt sich auch in die Worte fassen:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den sozialen Lebensinteressen (...) nicht gerecht geworden. (...) Nach dem furchtbaren Zusammenbruch (...) kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein (...) Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung wird das (...) Volk eine Wirtschafts- und Sozialordnung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht.“

Dieses Zitat stammt aus dem CDU-Programm des Jahres 1949, aus dem „Ahlener Programm“. Es wurde geschrieben vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, des Faschismus, des Holocaust und von fünfzig Millionen Toten. Es ist notwendig offen auszusprechen, dass wir vor vergleichbaren Perspektiven stehen, wenn der Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise weiter Raum gegeben wird. Daher ist es logisch zu fordern: „Eine andere Welt ist nötig!“ Und dies mit dem ebenso wichtigen Satz zu ergänzen: „Eine andere Ökonomie ist nötig“.

Einige Quellen:

Paul A. Samuelson in: Der Spiegel 38/2005.

Daniela Dahn nach: Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 2004.

Arbeitslosenzahlen weltweit nach: International Labour Organization, Dezember 2005.

Kinderarbeit nach: junge Welt vom 13.6.2005 (nach ILO-Angaben).

Rechtsanwälte in der BRD: Nach FAZ vom 21.8.2004.

Schönheitsoperationen in USA nach: American Society of Plastic Surgeons, November 2005.

Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre Folgen, Frankfurt/M. 1969, S. 287.

Tribune-Zitat (USA) bei E. Varga, a.a.O., s.286.

Karl Marx zu Zentralisation des Kapitals als Schranke des Kapitalismus in: Das Kapital Band I, MEW 23, S. 790f.

Ölabhängigkeit im Kapitalismus: Vgl. Winfried Wolf, Fusionsfieber Das große Fressen, Köln 2001 (PapyRossa), S. 87ff.

Brecht-Gedicht: Bertolt Brecht, Gesammelte Werke 8, Gedichte 1, S.316.

Angaben zur Aufrüstung nach: Sipri-Jahrbuch 2005; IISS – Military balance 2004/2005 (www.iiss.org) und Guernica, Antikriegszeitung, Linz, 6/2005.

Rosa Luxemburg nach: R.L., Junius-Broschüre, ...

Wolfgang Münchau in: FTD vom 26.10.2005.

Marx zu „Springquellen“ usw.: Das Kapital Band I, MEW 23, S.529 f.

Karl Marx Rat für das Kapital, „abzutreten“ nach: Grundrisse, S.636 (im Original: „worin ihm advice gegeben wird, to be gone and to give room to a higher state of social production“).

Ahlener Programm nach: Was will die CDU? Köln 1948, s.7f.